

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. Februar 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verjammlungs-, Vergnügungsinfereale usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 17

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Rückblicke und Ausblicke, V und VI. — Dislozierte Scharfmacherei. — Zur Generalversammlung: Erhöhung des Krankheitsgeldes. — Nachweis vollständiger Beteiligung: Für die Kollegen vom Militär: Unterstützung für militärische Übung; Was wirklich nottut.

Volkswirtschaft: Der Arbeitsmarkt im Jahre 1912 nach dem „Reichsarbeitsblatt“.

Korrespondenzen: Bauen. — Beuthen. — Bielefeld. — Bochum. — Breslau (Schr.). — Bromberg. — Danneberg. — Elbing. — Essen. — Feuerbach. — Geislingen. — Gießen. — Heiligenstadt. — Hildburghausen. — Kattowitz. — Landau. — Neudamm. — Plauen. — Rastenburg. — Ravensburg. — Schneidemühl-Stolmar. — Solingen. — Warendorf. — Warendorf.

Rundschau: Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig 1914. — Schiffsauslösung in Karlsruhe. — Konferenz der Verbandsvorstandsvertreter der freien Gewerkschaften Deutschlands. — Tarifvertrag zwischen Stranthenaffen und deren Angehörigen. — Schreiner und Brillenmacher. — Ein Gewerkschaftsartikel ist kein politischer Bericht. — Die Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter in Deutschland. — Ein Agrarpolitiker über die Konjunkturverläufe.

Bericht der Hauptverwaltung über den Monat Dezember 1912.

□ □ Rückblicke und Ausblicke □ □

V.

In Nr. 14 haben wir in einigen festen Strichen ein Bild von der Lage des deutschen Buchhandels geben können. Ein durchaus günstiges bekanntlich. Naheliegend und auch beabsichtigt gewesen war nun ein dem Zeitungswesen abzusattender Beitrag. Dieser wichtige und immer umfangreicher werdende Zweig unseres Gewerbes gewinnt zweifellos fortgesetzt an Bedeutung in öffentlicher, wirtschaftspolitischer und fachlich-technischer Hinsicht. Da tiefen seine mannigfachen Entwicklungstendenzen gewiß wertvolle Fingerzeige für die Zukunft.

Wie erinnerlich sein dürfte, hat der Zeitungsverlag mit dem Buchverlage der Tarifrevision von 1911 große Schwermisse bereitet. Nicht in der Richtung, daß man das Beschlossene nicht respektierte oder nach in Rheinlands-Westfalen verschiedenlich gehandhabter Methode es in einem gewichtigen Punkte höchst eigenartig zu interpretieren verstanden hätte, sondern bei den Tarifverhandlungen selbst. Die beiden Vertreter des Zeitungs- und des Buchverlags haben in der Tat den neuen Tarifabschluß äußerst kompliziert. Daß die Sachlage auch ohne diese „gütige Mitwirkung“ nicht einfach war, bedarf keiner Worte. Nach Zustandekommen des neuen Tarifs erhob sich dann im „Zeitungsverlag“ ein gar großes Varento. Die Zugeständnisse an die Gehilfen — die für sich eingehelmsen wurden unberechtigtweise ganz nebensächlich behandelt — sollten namentlich bei den kleineren Zeitungsverlegern künftig die Existenzfähigkeit „hast an die Grenze des Möglichen“ bringen, auch wurde im Organe der Zeitungsverleger sogar behauptet, die Existenz zahlreicher Zeitungsverleger wäre nun in Frage gestellt. Dabei wurde nicht einmal ausschließlich an die Besitzer kleinerer Zeitungen gedacht. Daß das alles Abergreibungen waren und zu solch schlimmem Pessimismus kein Anlaß vorlag, stand damals schon fest.

Wie der neue Tarif sich tatsächlich für den Zeitungsverlag geäußert, ob der als so notwendig bezeichnete Ausgleich durch Abonnements- oder Inseratenpreiserhöhungen für die vermehrten Lohnaufwendungen stattgefunden hat, das wird nun leider nicht gesagt. Der „Zeitungsverlag“ brachte zum Jahresbeginn einen signierten Artikel über die zeitungstechnische Entwicklung der deutschen Presse, der nicht uninteressant ist, aber über jenen Punkt nichts sagt. Man geht aber wohl nicht fehl, wenn die in Nr. 13 wieder-gegebene Meinung der „Zeitschrift“ über die geschäft-

liche Seite des vergangenen Jahres auch für das Zeitungswesen als zu Recht bestehend anerkannt wird. Die größeren und die großen Blätter werden 1912 eine gute Nase ausstellen können. Die kleineren dürfen auch nicht so unbefriedigt von ihm sein, als es den Anschein hatte. Sie drückt nicht der Tarif so wie andre Sachen, die in der modernen Entwicklung liegen und stets gegen die Kleinen ausfallen.

Der Zeitungsverlegerverein beobachtet in diesem Punkte wie auch sonst manchmal noch seine alte Schwermigkeit. Doch ist anzuerkennen, daß die Sitzverlegung nach Magdeburg zu einem besseren Abfinden mit den gegebenen Verhältnissen geführt hat. Die starke Anruhe in der Vereinsleitung und daraus wieder resultierende Beunruhigung weiterer gewerblicher Kreise ist gemindert. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger zählt 825 Mitglieder und außerdem noch etwa 300, die wohl den Kreisvereinen, nicht aber dem Hauptverein angehören. Es ist das eine seltsame Untercheidung, die ihre Zeit längst überlebt hat. Im ganzen dürfte nicht viel mehr als ein Viertel der deutschen Zeitungsverleger spezialorganisiert sein. Das ist wenig.

Gewisse Monopol- resp. Aufsaugungstendenzen dürfen unsres Erachtens dem deutschen Zeitungswesen weit mehr schaden, als es ein Tarifabschluß einmal zuwege bringen könnte. Auch die Uniformierung der deutschen Presse, gegen die sich die Redaktion des „Zeitungsverlags“ unlängst wiederum scharf abweisend aussprach, wäre ein weiteres daraus erwachsendes Übel. Die „Münchener Post“, das sozialdemokratische Organ, welches sich über gewisse Strömungen in Regierungs- und Hofkreisen stets noch am besten informiert gezeigt hat, brachte dieser Tage einen trotz aller nur andeutungsweise Mitteilungen immerhin beachtenswerten Artikel, der an eigenartigen Vorgängen auf dem Zeitungsgelände in Bayern hervorragende Berliner Firmen unsres Gewerbes beteiligt erscheinen läßt. Die Gründungsgeschichte der mit allgemeinem Kopfschütteln aufgenommenen „Bayrischen Staatszeitung“ wird dadurch noch um diverse Nuancen interessanter. Aber kurz oder lang werden sich sogar die Gerichte mit dieser von der bayerischen Regierung den Kommunalverwaltungen und andern Behörden aufgezwungenen Monopolzeitung zu beschäftigen haben. Unsern Lesern ist im übrigen bekannt, daß die Notwendigkeit einer Abwehr des Staatszeitungsmonopols mit dessen die Abonnements- wie die Inseratenpreise drückender Tendenz bereits die Gründung eines besonderen Vereins bayerischer Zeitungsverleger zur Folge gehabt hat. Eine solche Kampfstellung hat sicherlich den Reiz des Neuen.

Die Abonnentenversicherung ist ein anderer, älterer Sorgenpunkt der Organisation der Zeitungsverleger. Nachdem eine Denkschrift des Reichsamts des Innern vor kurzem darüber erschienen ist, und zwar gemäß eines vor fast zwei Jahren vom Reichstage gefaßten Beschlusses über eine das Verbot der Abonnentenversicherung ausprehende Resolution Herffling und Genossen, ist diese strittige Frage in ein neues Stadium getreten. Die Denkschrift geht nicht nur der Konsequenz des angenommenen Zentrumsantrags aus dem Wege, läßt nicht nur alle gewerblichen Erwägungen für das Zeitungswesen selbst außer Betracht, berührt auch fast gar nicht die rechtliche Seite der Angelegenheit, sondern behandelt die ganze Frage unter dem Gesichtspunkte des Versicherungsgedankens. Dabei gelangt sie aber zu Betrachtungen, die den An-

hängern der Abonnentenversicherung unter den Zeitungsverlegern noch ein Ansporn sein können, auf ihrem Standpunkte zu beharren. Wenn es in der Denkschrift heißt, die Abonnentenversicherung sei offenbar in eine Lücke eingetreten, da die private Unfallversicherung sich vornehmlich nur an die bessergestellten Volkskreise wende, oder wenn gesagt wird, daß die Abonnentenversicherung

„sich unzweifelhaft in manchen Beziehungen als ein wirksames Mittel erwiesen habe, den breiten Schichten des Volks bis zu einem gewissen Grade die Segnungen des Versicherungsschutzes zugänglich zu machen und somit zur Festigung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Arbeiter- und Handwerkerstande beizutragen,

so ist das nicht nur Wasser über besagte Mühlen, sondern auch falsch. Von der Abonnentenversicherung eine Mithilfe an der Festigung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu erhoffen, zeugt von ebenso eigenartiger Auffassung wie recht bescheidener Ansicht über das, was hier eine Besserung zu nennen wäre. Diese in der Denkschrift vertretene Ansicht ist ebenso unbalsbar als die von den Verfechtern der Abonnentenversicherung geltend gemachte, daß die auszuablende Entschädigung als Geschenk oder als Wohlfahrtseinrichtung anzusehen sei. Welchen Umfang diese vielumstrittene, für manchen Zeitungsverleger gewiß fast unentbehrlich gewordene, deshalb aber doch nicht gutzuheißende Versicherungseinrichtung schon angenommen hat, zeigen die für Ende 1911 von der amtlichen Enquete ermittelten 297 Blätter, die zu 154 die beaufsichtigte und zu 143 die unbeaufsichtigte Versicherungsart eingeführt hatten. Von diesen zusammen 297 Blättern waren nur 67 keine Tageszeitungen. Die Zahl der insgesamt auf diese Weise versicherten Personen betrug 4300000; ob die 297 Tageszeitungen und Zeitschriften ebensoviel Abonnenten besaßen, dürfte zu verneinen sein. In Wirklichkeit werden jedoch weit mehr Menschen von der Abonnentenversicherung erfasst, denn die Ehefrauen sind zum Teil mitversichert. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger, der prinzipiell die Abonnentenversicherung aus moralischen, politischen und gewerblichen Gründen verwirft und diesen Standpunkt als von der großen Mehrzahl der Zeitungsverleger eingenommen bezeichnet, ist von dieser Denkschrift alles andre denn erbaut, und in seinem Organe wandte sich am 24. Januar eine autoritative Persönlichkeit mit bemerkbarer Schärfe gegen ihre Tendenz. Aus dem größeren, sehr sachkundigen Artikel geht hervor, daß die Organisation der Zeitungsverleger es als vornehmliche Aufgabe betrachtet, diesen Mißstand in ihrem speziellen Gewerbe aus der Welt zu schaffen. Dieser Voratz ist zu billigen.

Am 5. Februar ist übrigens die Abonnentenversicherung auch im Reichstage wieder zur Sprache gekommen. Abgeordneter Taubadel (Soz.) monierte, daß dem Reichstage kein Gesehenswertes gegen diese Versicherung zugegangen sei, aus der Denkschrift ergebe sich ein gesetzliches Einschreiten als Notwendigkeit. Die beaufsichtigte Versicherungsart zeitige ebensoviel Klagen als die unbeaufsichtigte. Vom Abgeordneten Marcour (Sentr.) wurde zwar die Denkschrift als gutes Material anerkannt, im sonstigen stellte er sich aber auf den Standpunkt Taubadels. Der Nationalliberale Sundt nahm eine freundlichere Stellung ein. Beaufsichtigung müsse jedoch durchweg gegeben sein. Für die Minderbemittelten sei wohl ein Segen damit geschaffen! Der Regierungsvertreter Caspar bezeichnete die Abonnentenversicherung als eine wenig erfreuliche Erscheinung. Also auch diesmal schnitt diese Versicherungsmethode schlecht ab.

Der eingangs erwähnte Aufsatz im „Zeitungsverlag“ über die zeitungstechnische Entwicklung der deutschen Presse im Jahre 1912 läßt uns noch einige Streiflichter auf den Stand der Dinge hier werfen. In diesem Jahresartikel wird gesagt, 1912 bedeute einen Sieg der Zeitung über die Zeitschrift. Die illustrierte Tageszeitung sei das eine Mittel, die Wochenaussagen großer Blätter, wie „Berliner Tageblatt“, „Frankfurter Zeitung“ und „Kölnische Zeitung“, kämen als erfolgreiche Rivalen und Überwinder in zweiter Linie in Betracht. Namentlich für den Auslandsverkehr hätten diese Wochenaussagen eine Zukunft, denn sie zeigten:

daß der eigentümliche aktuelle Reiz der Zeitung, nachdem die nur Tages- und Lokalwert beihaltenden Belanglosigkeiten ausgeschieden sind, nur um so stärker hervortritt und ein wertvolles Mittelding zwischen der leichtlebigen Tagesausgabe und der schwerblütigen Zeitschrift darstellt.

Den illustrativen Teil der neuen Entwicklung im Zeitungswesen anbelangend, wird das Jahr 1912 mit der größeren Einführung des Merfens'schen Tiefdruckverfahrens und der Ausgestaltung des Offsetverfahrens als bedeutungsvoll bezeichnet. Nach den erfolgkrönenden Beispielen des „Hamburger Fremdenblattes“ und der „Frankfurter Zeitung“ mit dem Tiefdruckverfahren für den Zeitungsdruck habe im Dezember noch das „Berliner Tageblatt“ durch ein neues Verfahren, Illustration und Text in einem Druckgange mittels des Tiefdruckverfahrens herzustellen, in seiner illustrierten Beilage „Weltspiegel“ viel Aufsehen erregt. Andererseits hätte der „Berliner Lokalanzeiger“ mit seiner bei der Schweizer Reise des Kaisers erprobten Bildertelegraphie gezeigt, daß der Bilderdienst dem Nachrichtendienst an Aktualität nicht mehr nachzusehen brauche. Allerdings würde zur wirklichen Durchführung hier noch geraume Zeit vergehen. Die von der Tagespresse eingeschlagene Richtung, der illustrierten Wochenschrift, die in der „Berliner Illustrierten Zeitung“ mit ihrer Auflage von 400000 den Kulminationspunkt erreicht, den Rang abzulaufen oder doch ein Mittelding zwischen Tageszeitung und Zeitschrift zu schaffen, erscheint uns wichtig genug, in einer der folgenden Nummern einmal die technische Seite dabei näher zu betrachten. In diesem Punkt ist die „Berliner Illustrierten Wochenschrift“ eine glückliche Ausnahme, was ja auch Bemerkung fand.

In interessanter Weise werden in dem Jahresrückblick noch einige andre bemerkenswerte Erscheinungen im Zeitungswesen bzw. in der großen Presse besprochen. So das mit Recht nicht den uneingeschränkten Beifall des „Zeitungsverlags“ findende Bestreben, Leute mit klingvollem Namen sich auf allen möglichen Gebieten in den Zeitungspalten tummeln, den Redakteur aber mehr und mehr zum disponierenden Schriftleiter werden zu lassen. Diese Seite der Entwicklung hat in der Tat — ihre zwei Seiten. Daß das Interview ein zweifelhafter Fortschritt des Zeitungsjournalismus ist, dürfte ebensowenig strittig sein. Auch die moderne Aufmachung mit den großen, knalligen Überschriften ist eine fragwürdige „Erleichterung“ für den Leser. Der Nachrichtendienst, der sicherlich schon weit ausgebaut ist, hat noch andere als die aus dem unaufhörlichen Entwicklungsgange sich ergebenden Probleme aufzuweisen. Das Monopol des Wolffschen Telegraphenbureaus ist nicht das wichtigste darunter. Im Inseratenwesen ist die Berechnung der Anzeigen nach Millimetern eine Zukunftsfrage geworden, die indes noch viele Zeitungsverleger zum Gegner hat. Boykottversuche einiger Inseraten- oder Inseratenvereinigungen konnten dank dem Zusammenhalte der örtlichen Presse schieblich abgewehrt werden. Der Artikel behandelt kurz noch die Einführung der für den Zeitungsbetrieb stark in Betracht kommenden Angestelltenversicherung, die ein Janusgesicht hat und uns aus einem andern Grund in dem nachfolgenden Kapitel noch beschäftigen wird. Weiter wird die Fernhaltung ungeeigneter Elemente vom Pressedienst als notwendig bezeichnet.

War auch nicht zu ergründen, welche Note der Zeitungsverlag dem verflohenen Jahr in der uns so nahe berührenden Frage des Ausfalls in geschäftlicher und tariflicher Hinsicht erteilt, so konnten doch in diesem Artikel über das Zeitungswesen unserer Tage gewiß wertvolle Betrachtungen angestellt werden. Auch das nicht immer nächstgelegene muß unser Interesse haben.

Wenn wir auch auf einen Artikel in der „Graphischen Welt“ eingehen, der sich mit den Aufgaben und den Aussichten des Faktorenbundes im Jahre 1913 beschäftigt — es steht auch dort eine Generalversammlung bevor —, so geschieht das nicht, um in die Angelegenheiten dieser Organisation hineinzureden. Es sind vielmehr die Erwägungen über die durch die Angestelltenversicherung geschaffene Lage, die uns in diesem Aufsatz interessieren. Von dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, das in der Erfassung des Angestelltenbegriffs begrifflicher Weise große Schwierigkeiten bereitet und deshalb namentlich in Korrekturenkreisen bei uns schon Diskussionen ausgelöst und entgegengesetzte Auffassungen gezeitigt hat, ist mancher Abgang aus unsern Reihen propheet worden. Ob Gehilfen in sogenannter gehobener Stellung oder ohne weiteres als Druckereiangestellte anzusehende Kollegen diesen Schritt getan haben, wissen wir im Augenblicke außer von Leipzig nicht. Jedenfalls wird es auch anderswo zu Ausstritten aus dem Verbandsverbande dieserhalb gekommen sein. Bemerkenswert ist nun, wie in Faktorenkreisen darüber gedacht wird.

Nach dem zitierten Artikel herrscht dort zum Teil die Beforgnis, es könnte durch jenes Gesetz der Zutritt neuer Mitglieder eine Verminderung erfahren. Ganz pessimistische Anschauungen müssen da über die Zukunft der Faktorenanorganisation laut geworden sein. Die „Graphische Welt“ bezeichnet derartige Befürchtungen jedoch als hinfällig und heißt die diesen entsprungenen Anregungen zur Vorbeugung eines Mitgliederrückganges übereilt.

Zum andern scheint die Meinung, es könnte gerade infolge der Angestelltenversicherung ein größerer Zulauf zum Faktorenbunde stattfinden, auch ihre Anhänger zu haben. Diese Optimisten dürften sogar in der Mehrheit sein. Das Faktorenorgan will davon jedoch noch weniger wissen. In Hinsicht auf die bereits erwähnte Ansicht in unsern Reihen, daß von denen, die im Begriffe stehen, die Stufenleiter der — sagen wir einmal — höheren Buchdruckerkarriere zu erklimmen, etwelche abschwenken könnten, verdient bekannt zu werden, wie die „Graphische Welt“ einer solchen Sukzession des Mitgliederstandes wehrt. Die es angeht, mögen also in erster Linie die nachfolgende Ablage vernehmen:

Manche glauben, daß alle diejenigen, die als Druckereibeamte vom Gesetz als Angestellte bezeichnet werden, nun auch als Mitglieder unsres Bundes sich eignen oder empfehlen würden. Wer wissen will, wie falsch das ist, der brauche nur in seinem eignen engen Kreise sich in einigen Wochen einmal die Liste derjenigen vorzunehmen, die in seinem Geschäft in die Angestelltenversicherung einbezogen werden: er wird dann anderer Meinung sein, denn der Begriff „Angestellte“ belagert eben für uns gar nichts.

Eine Erweiterung unsres Mitgliederkreises nach dieser Seite hin ist keineswegs empfehlenswert. Wir sind weder auf einen rapiden Zuwachs unsres Mitgliederkreises angewiesen, noch ist es zu wünschen, die Homogenität unsres Mitgliedercharakters zu schwächen. Befürchtungen, die von einem zu erwartenden Rückgange unsrer Mitgliederzahl sprechen, sind als unverantwortlich, jeder zahlenmäßigen Grundlage entbehrende Beunruhigungen zurückzuweisen. Unser Bund kann nicht mit abschließend auf das Absterben gefassten „weiter“ Klassen verglichen werden; man kann anderseits auch nicht erwarten, daß sein Umfang unendlich wachsen soll. Durch Neueintritt ergänzt sich unser Bund in völlig genügender Weise. Wer nun aber glaubt, daß uns gerade von den bis jetzt nicht beachteten Kreisen der kleineren Druckereibeamten die numerische Vergrößerung kommen soll, der darf zum mindesten dann keine Schwarzseherei mehr treiben hinsichtlich eines etwa durch das Angestelltenversicherungsgezet zu erwartenden Mitgliedschwundes aus den doch materiell immer noch besser gestellten Faktorenkreisen. Die letzte Generalversammlung empfahl Beachtung der „Qualität“ neuaufzunehmender Mitglieder, und mit Recht. Danach ist in den letzten Jahren auch pflichtgemäß gehandelt worden.

Der Faktorenbund will also von den strebsamen Leuten, die bei oftmals fragwürdiger, materiell nur in einigen Mark über Minimum sich ausdrückender „Rangserhöhung“ sich gleich wunder wie erhaben fühlen, gar nichts wissen. Vielleicht kommt durch den kalten Strahl der „Graphischen Welt“ mancher wieder mehr zur Besinnung seiner wirklichen Lage. Auch ist anzunehmen, daß die Prinzipale in Anbetracht der ansehnlichen Leistungen für diese neue Versicherung meistens keinen Eifer an den Tag legen werden, den nicht klar ungetragenen Kreis der Versicherungspflichtigen in Druckereibetrieben noch unnötigerweise zu vergrößern.

Dislozierte Scharfmacherei

Skaun ist die Kunde hinausgegangen, daß der Arbeitgeberverband seinen denunziatorischen Drang gegen die Tarifgemeinschaft einmal wieder zur Ader gelassen hat, müssen wir von einer neuen Scharfmacherei Mitteilung machen. Sie hat zwar den Schauplatz, die Front und auch die Urheberhaft gewechselt, ist aber im Weesen der Sache ebenso zu beurteilen, als wenn der Arbeitgeberverband entweder in seinem Organ oder in den nachgedragene gewisse Berühmtheit erlangenden Petitionen seiner bei ihm zum Instinkte gewordenen Hebe gegen die Tarifgemeinschaft, deren führende Personen oder gegen unsre Organisation frönt.

Die „Buchdruckerwoche“ hat mit der Einführung einer sich „Öffentlicher Buchdruckerpretsaal“ beistellenden Rubrik eine Neuerung geschaffen, die „Zeitschrift“ mit einer gleichen, nur im Wortlaut etwas veränderten Einrichtung ebenfalls. Während der Sprechsaal der „Zeitschrift“ zu Beanstandungen noch keine Ursache bot, sind in dem der „Buchdruckerwoche“ scharfmacherische Töne angeschlagen worden, die sich auch vor dem Arbeitgeberverbande hören lassen können. Ob die Redaktion der „Buchdruckerwoche“ mit dem Vermerke, daß sie für den Inhalt dieser Rubrik nur die preßgesetzliche Verantwortung übernimmt, nicht solchen Querstreiberen unbewußt Vorstoß leistet, möchten wir eher bezweifeln denn verneinen. Auf keinen Fall darf eine Redaktion damit den Sprechsaalartikeln carte blanche erteilen. Sie trägt auch die moralische Verantwortung für das Aufzunehmende. Die Meinungsfreiheit des einzelnen hat ihre Grenzen, wo er im Begriff ist, seine persönlichen Anschauungen so zu vertretzen, daß auch andre Kreise davon getroffen werden. Die „Zeitschrift“ macht denn auch einen derartigen Vorhalt nicht und nimmt Einwendungen mit solcher Tendenz lieber nicht auf.

In Nr. 7 der „Buchdruckerwoche“ erschien ein mit M. gezeichnete Sprechsaalartikel, der sich unzufrieden über die Reorganisation der „Zeitschrift“ ausließ und des „Korr.“ infolgeden dabei gedachte, als er dessen Redigierung und Inhalt gegen das Prinzipalsorgan auspielte. Auch der Preisnachschuß bei Arbeitsmarktanzeigen in der „Zeitschrift“, wenn sie von Mitgliedern des Deutschen Buchdruckervereins aufgegeben werden, wurde kritisiert. Dieser Streit könnte als die Aufstellung einzelner passieren. Wir hätten wenigstens heinerelei Notiz davon genommen. In der Nummer vom 1. Februar preist es im Sprechsaal der „Buchdruckerwoche“ jedoch aus einem andern Loche. Soweit der Sch. zeichnende, in Berlin wohnende und nicht nur dort wohlbekanntere Verfasser einigemahnen bei dem bleibt, was er von seinem Standpunkte aus über die Reorganisation der „Zeitschrift“ glaubt sagen zu müssen, sei der Artikel hier nicht unter Kritik gestellt. Dagegen müssen wir Auslassungen wie diese: „Die Scharfmacherei der „Zeitschrift“ ist ein Verstoß gegen die Prinzipale in „Sakulum“ oder in moderner „Wortführer“ antizipieren, läßt die Prinzipale furchbar kalt.

Man hätte nach den Ausführungen auf der Breslauer Hauptversammlung erwarten dürfen, daß mit dem angekündigten Wechsel in der Redaktion auch andre „Richtlinien“ Geltung erlangen, eine einsichtsvollere und energiegelichere Hervorkehrung und Vertretung der Prinzipalsinteressen Platz greifen würde. Statt dessen sehen wir zur Bekräftigung des Festhaltens an dem Hergebrachten noch immer den zur Personierung bestimmten Redakteur als Verantwortlichen zeichnen und sehen den alten schlechten Traden weiterpfeifen. Wozu da der erhöhte Beitrag? Für diese „Leistungen“ wäre der alte Beitrag hoch genug, ja noch zu hoch!

Es kann mit der „Zeitschrift“ nur besser werden, wenn sie sich radikal auf den Prinzipalsstandpunkt stellt und ihn vertritt, ohne dabei ängstlich Auszug zu halten, was der Verband und der „Korr.“ dazu sagen; wenn sie aufhöret, auf einen Artikel, der Gehilfenübergriffe oder dergleichen rügt, schleimigste die Sühneartikel folgen zu lassen, voll Umschmeichelung der Gehilfen und voll Anerkennung und Lob für den Verband und den „Korr.“

Kein Her-und-Hinpendeln wollen die Prinzipale, sondern zielbewusstes Hochhalten und Berestehen ihrer Interessen und nur dieser.

Das ist ein Appell zum Scharfmachen, als wenn in der preußischen Landstube der junge Kardorf den Reichskanzler und den Staatssekretär Delbrück mit junckerlicher Brutalität in die Pfanne haut. Das gegen den „Zeitschrift“-Redakteur selbst Gesagte übertrifft zu dem die in Nr. 12 schon beim „Arbeitgeber“ gerigte Hebe, ist sogar noch abstoßender.

Der Artikelsschreiber Sch. ist wegen seiner Querstreiberien sozulagen eine Größe in Berliner Prinzipalskreisen. Er ist sonangebend unter den Prinzipalen, die in Berlin eine besondere Vereingung gegründet haben, die in ihrem wahren Zwecke der Tariffache keine Förderin ist, sondern sich mehr oder weniger gegenständig zu ihr stellt. Der Deutsche Buchdruckerverein und sein Organ wissen aber sehr wohl, daß das Heil des Gewerbes nicht in voraussetzungsloser Bekämpfung der Gehilfenschaft und ihrer Organisation beruht. Wer, wie Sch. in der „Buchdruckerwoche“, einen Teil auf den andern heßt, kann nicht eine gedeihliche Entwicklung unsrer gewerblichen Verhältnisse erstreben, sondern arbeitet auf Entkriegerungen des Gewerbes hin; für die sich diese Leute obendrein noch von der Verantwortung drücken. Die „Zeitschrift“ wahr gewiß den Prinzipalsstandpunkt wie der „Korr.“ den der Gehilfen, aber wo aus dem gemeinsamen Interesse am Gewerbe Berührungspunkte vorhanden sind, da werden sich das Gehilfen- und das

Prinzipalsorgan nicht von unverantwortlichen Sprechsaal-
artiklern aufeinander heben lassen.

Der „Buchdruckerwoche“ aber sei bedeutet, daß der
Verband sich die dislozierte Scharfmacherei ebenjowenig
gefallen lassen wird als die professionelle im „Arbeitsgeber“.
Irgendwelche Berufung auf den Charakter des Sprechsaals
als einer Freistätte der Meinungen wäre in diesem Falle
verfehlt. Sch. ist mit seiner Zustimmung so bekannt, daß
es gar keine Entschuldigung für die Aufnahme seines Ar-
tikels geben kann. Wächst der Sprechsaal der „Buchdrucker-
woche“ sich zu einem scharfmacherischen Abungsplatz aus,
so wundere man sich nicht, wenn unterseits mit Geschossen
von entsprechendem Kaliber geantwortet wird.

□□□ Zur Generalversammlung □□□

Erhöhung der Krankenunterstützung.

Da schon einige Artikel über die Erhöhung des Krankengeldes im „Korr.“ erschienen sind, so will ich nicht kurz fassen.
Dem Stanbpunkte des Kollegen J. F. in Neustadt a. d. S. und dem des Kollegen P. W. in Bolkenhain kann ich nur beitreten. Die Krankenunterstützungsverhältnisse sind auch bei uns keine günstigen. Im Krankheitsfalle erhält hier ein Kollege pro Woche 9,80 Mk. vom Verband, von der Bezirkskrankenkasse pro Tag 1,20 Mk., also pro Woche (6 Tage) 7,20 Mk., sind zusammen 17 Mk. Krankenunterstützung. Das ist gegenüber den Großstadtunterstützungen beinahe nur die Hälfte. Oft kommt es vor, daß ein Kollege im Bezirkshospital verpflegt werden muß. Dann erhält die Frau des betreffenden Kollegen nur noch 60 Pf. pro Tag. Für eine drei- oder vierköpfige Familie ist das gewiß keine ausreichende Unterstützung, vollends bei den jetzigen Teuerungsverhältnissen. Unser Provinzort zählt 4000 Einwohner. Ich kann die Schilderung des Kollegen P. W. in Bolkenhain in Nr. 14 über die dortigen Lebensmittelverhältnisse mit denen unseres Provinzstädtchens gleichstellen.

Inwiefern die Krankenunterstützung erhöht werden könnte, so wurde schon eine Erhöhung auf 2 Mk. pro Tag vorgeschlagen. Aber bei einer Leistung muß auch eine Gegenleistung herrschen. Es sollte kein Kollege an der Beitragserhöhung Anstoß nehmen. Ich bin mir wohl bewußt, daß die Mehreinnahmen der Beitragserhöhung von 10 Pf. fast ganz für die steigende Arbeitslosenunterstützung geopfert werden müssen. Deshalb wäre es vielleicht möglich, eine Staffelung der Krankenunterstützung je nach der Zahl der geleisteten Beiträge einzuführen. Wenn es aber finanziell unserer Verbandskasse möglich wäre, die Krankenunterstützung im allgemeinen auf 2 Mk. zu erhöhen, so wäre das um so besser.

Da die Erhöhung der Krankenunterstützung schon länger schwebt (was kann doch nicht als allgemeine Tatsache gelten), so kann ich nicht begreifen, wie der Kollege P. W. von Bolkenhain eine Erhöhung derselben sein kann. Von seinem Standpunkt aus wäre allerdings keine Erhöhung nötig, denn in einer Stadt, wo so viel Krankenunterstützung bezahlt wird, wie es in Ulzen der Fall ist, kann man allerdings mit der Unterstützung zufrieden sein. Wie mir scheint, hat dieser Kollege noch nicht empfunden müssen, wie schwer es einem Kollegen in der Provinz fällt, wenn man einen solchen niedrigen Unterstützungsatz erhält wie bei uns. Oder mußte der Kollege von Ulzen den Provinzler vielleicht zu, daß sie wegen der geringen Krankenkassenunterstützung in die Großstadt überfließen sollen, um im Krankheitsfalle mehr Unterstützung zu erhalten. Es heißt doch immer: „Sinaus in die Provinz!“ Es wäre also sehr an der Zeit, daß auf die Provinzler etwas mehr Rücksicht genommen wird. Es gibt gewiß noch viel Provinzorte, die den Vorschlägen der angeregten Erhöhung der Krankenunterstützung beifolgt sind.

Sinnlich der Entschädigung der Umzugskosten bin auch ich der Meinung, daß das Wort „freiwillig“ ausgeschaltet werden könnte, denn ich glaube kaum, daß ein Kollege mit seiner Familie zum Selbstvertrieb von einem Orte zum andern zieht. Das übrige dazu hat ja der Kollege J. F. von Neustadt a. d. S. schon in seinem Artikel in Nr. 10 des „Korr.“ ausgeführt.
Mosbach (Baden). H. W.

Und doch eine Erhöhung des Krankengeldes!

Zweifellos wird bei der Neuregelung unseres Unterstützungswesens, womit sich unsere Verbandsgeneralversammlung in Danzig zu beschäftigen hat, die Frage des Krankengeldes und dessen eventuelle Erhöhung lebhaft Debatten hervorrufen. In der Tat ist gerade bei diesem Zweig unseres Unterstützungswesens eine anderweitige Regelung dringend nötig. Nach den heute gültigen Bestimmungen hat ein Kollege, der 52 Wochenbeiträge geleistet, genau denselben Anspruch in bezug auf Krankengeld wie derjenige, der 1000 und mehr Beiträge aufzuweisen hat. Daß hierbei von der „Korr.“-Redaktion aufgestellte Grundsatz des „gerechten Ausgleichs zwischen Leistung und Gegenleistung“ sehr wenig zu seinem Rechte kommt, liegt auf der Hand. Es regnen sich denn auch allenthalben Stimmen, die einer anderweitigen, gerechteren Regelung gerade dieses Unterstützungszeigs das Wort reden. Auch ich bin der Meinung, daß unser Verbandsparlament diese Frage nicht nebenächlich behandeln darf, sondern in jedem Fall eine den Beiträgen entsprechende Staffelung des Krankengeldes nach oben hin vornehmen muß. (Ergänzend sei hierzu bemerkt, daß man in andern Organisationen schon dazu übergeht, sogar für die Streckunterstützung Karenzzeiten einzuführen, um höhere Unterstützungen gewähren zu können. Siehe „Gewerkschaftsrevue“ in Nr. 15. Red.)

Unter keinen Umständen darf sich die Generalversammlung von den Argumenten des Kollegen -s. (Ulzen) leiten lassen, der bestreitet, daß mit der Erhöhung des Krankengeldes der Stimulation Eür und Lor geöffnet würde, und der wünscht, daß in den Ortskrankenkassen auf eine Erhöhung des Krankengeldes hingearbeitet wird. Die Arbeit unserer Kollegen in diesen Kassen soll gewiß anerkannt werden, und gerade ihrem Drängen ist es wohl in den meisten Fällen zu danken, wenn die Leistungen der Ortskrankenkassen zu der heutigen Höhe gelangt sind. Leider wird das Bestreben, in diesen Kassen ein erhöhtes Krankengeld durchzusetzen, vielfach durchkreuzt, nicht zum wenigsten von den Arbeitern selbst, die in Krankenkassenangelegenheiten eine geradezu unerfindliche Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit zeigen. Sodann haben auch die Arbeitgeber in dieser Beziehung ein gewichtiges Wortlein mitzureden, die gerade dann, wenn es sich um eine Erhöhung der Kassenleistungen handelt, die in der Regel eine Beitragserhöhung im Gefolge hat, vollständig erbleiben und meistens die Sache zu Fall bringen. Wenn in Ulzen die Krankenkasse täglich 3 Mk. Krankengeld zahlt, so können die Ulzener gewiß stolz auf diesen Erfolg ihrer Arbeit sein; bei uns beträgt der durchschnittliche Tagelohn nur 2,90 Mk. und das Krankengeld die Hälfte desselben. Dieser Satz dürfte bei den meisten Krankenkassen die Regel bilden, wenn nicht besonders günstige Verhältnisse vorliegen. Wir erhalten demnach im Krankheitsfalle 9,80 Mk. und 10,05 Mk. = 19,85 Mk., also noch lange nicht das Minimum. Als weiteres wichtiges Moment kommt hinzu, daß die Familie, wenn der Ernährer im Krankenhaus untergebracht werden muß, nur die Hälfte des Krankengeldes erhält, also in diesem Falle von Verband und Krankenkasse 14,85 Mk.; eine „Summe“, die bei den heutigen Zeiten in der Hand einer Hausfrau schmilzt wie Schnee in der Sonne. Der Versuch des Kollegen -s., die Krankenkassen gegen eine Erhöhung des Verbandskrankengeldes anzuführen, muß als mißlungen angesehen werden, um so mehr, wenn man bedenkt, daß es „in der Provinz“ noch zahlreiche Kollegen gibt, die einer Gemeindefrankenkasse angehören, deren Leistungen bekanntlich noch sehr rückständig sind und wo unsere Kollegen nichts ausrichten können, denn sie haben dort gewöhnlich „nir zu seggen“.

Um nun einen positiven Vorschlag zu machen, empfehle ich eine Staffelung des Krankengeldes in folgender Form: Bei einer Leistung von:

13 Wochenbeiträge	1,25 Mk.	für 13 Wochen
26	1,25	„ „ 26
52	1,25	„ „ 52
200	1,50	„ „ 52
400	2,-	„ „ 52

Damit dürfte wenigstens eine kleine Besserung erzielt werden. Hoffentlich stimmt die Generalversammlung dem zu. Berden (Ulzen). F. H.

Neuer Vorschlag zur Generalversammlung

Unter den Vorschlägen der Gewerkschaftskonferenz und des Verbandsvorstandes zur Generalversammlung finden wir auch folgenden: „In der Krankenunterstützung ausgeleitete Mitglieder haben erst dann einen Anspruch auf Ortsunterstützung (für Arbeitslose), wenn sie den Nachweis vollständiger Genesung (bisher: der Arbeitsfähigkeit) erbringen.“ Der andre Antrag lautet: „Auch haben Ausgeleitete, als Invalide anerkannt und vom Militärdienst als Invalide oder Halbvalide Entlassene in allen Fällen vor erneuter Annahme von Beiträgen den Nachweis über Befreiung des Leidens, wegen dessen die Aussteuerung oder die Invalidität erfolgte, zu erbringen.“

Diese Änderungen halte ich nicht als im Interesse der Kollegen liegend. Gerade bei unsern Berufskrankheiten, wie Erkrankungen der Lunge, Bleivergiftungen oder rheumatischen Leiden, ist eine vollständige Genesung oder eine Befreiung des Leidens unmöglich, so daß jeder Kollege nach einer einmaligen Aussteuerung von einer weiteren Unterstützung durch den Verband ausgeschlossen wäre. Dazu kommt, daß in der Krankenunterstützung Ausgeleitete nicht mehr wie bisher ohne weiteres den Genuß der Invalidenunterstützung erlangen, sondern noch 250 Beiträge über die für sie geltende Karenz gezahlt haben sollen. Wenn wir auch den hochschätzlichen Wert dieser Änderungen nicht verkennen, so werden doch dadurch gerade die Bedürftigsten getroffen, ohne die ungerechteste Ausnützung zu befechtigen. Obwohl mit einer lokalen Ausföhrung dieser Bestimmung zu rechnen wäre, so würden doch in späteren Jahren die Ansichten darüber in den Ortsverwaltungen auseinandergehen, wofür dann das Statut ausschlaggebend wäre.

Man lasse es daher bei dem bisherigen Nachweise der Arbeitsfähigkeit, und man wird so manchen Kollegen vor bitterer Enttäuschung bewahren. Der Verband soll nach wie vor den Opfern unseres Berufs die nötige Hilfe nicht versagen.
Breslau. H.-I.

Für die Kollegen vom Militär.

Da die Diskussion über die Generalversammlung eröffnet und so mancherlei Wünsche von Kollegen für die Neuregelung des Unterstützungswesens zur Sprache kommen werden, möchte auch ich auf eine Idee in dem Sinne so gut ausgebaute und bewährte Systeme hinweisen. Falls für alle vorkommenden Nozfälle ist gesorgt, für Kollegen aber, die zur Übung eingegeben und gezwungen ihre Arbeit verlassen müssen, um für einige Wochen abermals den buntten Rock anzuziehen, ist bis heute noch nichts getan. Diese Kollegen sind unerschütterlich arbeitslos. Allen andern in ähnlicher Lage wird Unterstützung ausgezahlt, ihnen

nicht, trotzdem doch auch sie während dieser Zeit Ausgaben jeder Art zu bestreiten haben.

Daß eine Übung ziemlich Geld kostet, wird wohl kein Kollege bestreiten können. Wie hart muß es erst die verheirateten Kollegen treffen, wo die Familie doch auch in dieser Zeit leben will und bei den jetzigen Verhältnissen und der geringen staatlichen Unterstützung ein Auskommen gänzlich unmöglich ist. Wird nun vielleicht gar ein schon vorher von Schicksale hart mitgenommener Kollege betroffen, so wird wohl in den meisten Fällen zu Anleihen gezwungen werden müssen. Wie schwer es ist, solche wieder abzutragen, braucht hier nicht gesagt zu werden. Weiter können dadurch Reste entstehen und später unter Umständen sogar Ausbruch oder Austritt eines bis dahin tüchtigen Mitgliedes erfolgen.

Vielleicht hört man nun, wir wollen oder dürfen doch dem Staate nicht vorgreifen, dieser hat unbedingt für solche Fälle zu sorgen. Ja, Kollegen, er müßte es eigentlich. Wenn wir uns aber bis dahin verdrösten wollen, so wird wohl nie etwas Durchgreifendes geschehen. Um so mehr ist es Aufgabe der Gewerkschaften, auch hier ihren Mitgliedern ein Wort zu sein und sie vor Not zu schützen. Da ja auch größtenteils für die Abenden Neueinstellungen stattfinden, wären die Aufwendungen auch nicht von unerschwinglicher Höhe. Man könnte ja eine Karenz vorkreiden und selbstverständlich nur solche Mitglieder berücksichtigen, welche wirklich zur Übung eingegeben werden, also schon ihre drei resp. zwei Jahre abgedient haben und nicht nur als Ersatzreserve ausgebildet wurden.

Jedenfalls ist die Unterstützung an die ehemaligen Soldatenkollegen im Interesse der Gerechtigkeit allen Mitgliedern gegenüber erwägenswert.

Ahrweiler. tz.

Unterstützung für militärische Übungen.

Für uns Buchdrucker, die wir heute mehr denn je des Königs Rock fragen müssen, ist es eine dringende Notwendigkeit, daß wir im Fall einer militärischen Übung auch unterstützt werden.

Für alle Mißbilligkeiten im menschlichen Leben sorgt unser Verband, nur in diesem Falle lind wir auf Selbsthilfe angewiesen. Es ist für einen verheirateten Kollegen ein schwerer Schlag, einige Wochen ohne irgend eine Unterstützung fort zu müssen, zumal die Familie auch weiter leben will. Derjenige, welcher noch nicht in einer solchen Lage war, kann sich aus nachstehendem ein Bild davon machen: Ungenommen vierzehn Tage Übung. Erstens geht für vierzehn Tage Verdienst verloren; zweitens muß für die Zeit der Unterhalt der Familie da sein; drittens sind 14 Mk. (für jeden Tag 1 Mk.) als notwendige Ausgaben bei der Übung auch wohl nicht zu umgehen. In Summa also ein erhebliches Stümchen, welches man notwendig hat: Die staatliche Unterstützung, die nur auf Verlangen ausbezahlt wird, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Da wir verheirateten Buchdrucker meistens wohlhabend genug mit des Lebens Milere zu kämpfen haben, erachte ich es deshalb als eine dringende Notwendigkeit, auf diesen Punkt einmal besonders hinzuweisen. Mein Vorschlag geht dahin, für die verheirateten Kollegen im Fall einer militärischen Übung irgend eine Unterstützung zu schaffen. Nebenbei sei bemerkt, daß im Verbands der Lithographen und Steindruckers diese Einrichtung schon besteht.

Schreiber dieses, welcher in der mißlichen Lage war, als Verheirateter verschiedene Übungen abzuleisten und jetzt aus dem Militärverband ausgeschieden ist, erhofft von diesen Zeilen einen mitbringenden Gedankenaustausch.
Desmold. Karl Bogler.

Was wirklich kostet.

Nachdem unser Verbandsorgan in Nr. 10 die Diskussion über die Wünsche der Mitglieder zur nächsten Generalversammlung einleitend eröffnete, war es dem Kollegen J. F. aus der Palz vergönnt, als erster den Reigen der Petitionen zu eröffnen. Nach meinem Dafürhalten nicht ganz glücklich. Wenigstens ich kann mich seinen Anregungen in keinem der beiden von ihm verlangten Erweiterungen des Unterstützungsbezugs anschließen.

In erster Linie wünscht Kollege J. F. eine Neuregelung der Krankengeldfrage und führt als Beispiel den Bezug von 25 Mk. als wöchentliches Krankengeld in seinem Ort an. Gewiß ist das bei den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen für einen Familienvater wenig, und das wird auch jeder unumwunden zugeben. Auf der andern Seite kann es aber doch nicht Aufgabe einer Gewerkschaftsorganisation sein, die nun einmal als notwendig erkannt und eingeföhrten Unterstützungssätze so zu gestalten, daß der hierzu Bezugsberechtigte vielleicht in puncto Finanzen besser dabei fährt wie der in Arbeit stehende Kollege. Hier muß eine Grenze gezogen werden, sonst dürfte das Simulantentum, das leider auch in unserm Verbands nachweisbar eine Heimstätte besitzt, sich noch mehr entfalten. Glaub ich einer im Falle der Erkrankung sich und die Seinen vor Entbehrungen schützen zu müssen, so dürfte es der beste Weg sein, sich einer der bestehenden Hilfskassen anzuschließen und dort ein Scherlein für die Tage der Erkrankung zurückzuliegen. Ich verwelke hier auf die über ganz Deutschland verbreitete und guffundrierte Hilfskasse „Solidarität“.

Ebenso dünkt mir eine prinzipielle Änderung an den gegenwärtigen Bestimmungen für den Umzug als verfehlt. Besonders muß es bei dem Unterschied des freiwilligen und gezwungenen Umzugs belassen bleiben. Denn sonst würde hier auf Verbandskosten von verschiedenen Kollegen, besonders aus Sparfaktoren, noch mehr gestündigt als bisher. Gerade in letzter Zeit mußte die Erfahrung gemacht werden, daß oft unter den nichtigsten Gründen sei-

Stellungen verlassen werden, um dann mit Kind und Kegel von Stadt zu Stadt zu wandern, und zwar oft zum Schaden der dort befindlichen Kollegen. Die bessere Verwaltung könnte davon ein nicht gerade schönes Lied singen. Eine Gleichstellung der Bezüge des freiwilligen und gezwungenen Umzugs würde nur die Irrfahrten vermehren und unsere Etat erheblich belasten, was im Hinblick auf die keineswegs rosigere Zukunft doch vermieden werden soll.

Wenn in bezug auf das Unterstützungsweien etwas gefehlen soll oder muß, dann in erster Linie für unverschuldet konditionslose und bedürftige Invaliden. Im ersteren Falle haben wir ja von Staat und Gemeinde auf Jahre hinaus nichts oder nur wenig zu hoffen. Im zweiten ist das vom Staat Gewährte so gering, daß das gewerkschaftliche Prinzip keine Einbuße erleiden dürfte, wenn der Verband hier helfend eingreift. Daß die gewährten Unterstützungen „zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel sind“, zeigte sich bei unsern alten Verbandsvereinen, dem nimmermehr im 71. Lebensjahre verstorbenen Kollegen Peudert, der fast bis zum letzten Atemzuge sich in den Dienst der Arbeit stellen mußte, denn vor der Übernahme auf den Invalidenstand hatte er wegen des unzulänglichen „Nervus rerum“ großen Respekt.

Sch hoffe, daß unsre Delegierten auf der Generalversammlung in allen Fällen das Richtige treffen werden. Maß muß immerhin gehalten werden, denn in erster Linie sind wir doch Gewerkschaftsorganisation zu dem Zwecke, durch festen Zusammenschluß bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, und kein Unterstützungsverein. Sier dient nur das Mittel zum Zweck.

München. G. T.

Volkswirtschaft

Der Arbeitsmarkt im Jahre 1912 nach dem „Reichsarbeitsblatt“.

Nunmehr ist auch der amtliche Rückblick auf die wirtschaftliche Lage in Deutschland im Jahre 1912, als zusammenfassende Betrachtung im Januarhefte des „Reichsarbeitsblatts“ abgedruckt, erschienen. Und obwohl der Bericht eigentlich nur die Befähigung für die Richtigkeit unseres Urteils über das Wirtschaftsjahr 1912 in Nr. 5 darstellt, so wollen wir doch, den Spuren eines im Laufe der Jahre bewährten Gebrauchs folgend, kurz noch einmal registrieren, was die Abteilung für Arbeiterstatistik im reichsstatistischen Amt über den Arbeitsmarkt im vergangenen Jahre zu sagen notwendig findet. Es wird auch hier von vornherein angegeben, daß das deutsche Wirtschaftsleben unter dem Zeichen einer blühenden Hochkonjunktur stand. Und diese Konjunktur wurde nach jeder Richtung hin ausgenutzt. Gleichzeitig wird aber auch darauf hingewiesen, daß sich mancherlei Umstände äußerer und innerer Natur einen noch kostbarerem Aufschwunge hemmend entgegenstellten: „Schickl“ gebühren „der Krieg“ der „Wahlkreise“ gegen die Türkei und die damit ihr Zusammenhänge stehenden politischen Beunruhigungen in den andern Ländern. Womit also selbst von amtlicher Stelle aus zugegeben wird, daß der Einfluss politischer Strömungen auf das Wirtschaftsleben und damit in Verbindung auf die Bestrebungen wirtschaftlicher Organisationen von ganz besonderer Bedeutung ist. Als innere Ursachen einer ungünstiger Beeinflussung des Arbeitsmarktes werden ferner die Verteuerung des Fleisches und anderer Lebensmittel bezeichnet, da dadurch breite Bevölkerungsschichten zu Einschränkungen in andern Lebensbedürfnissen genötigt wurden, was den Abjaß für zahlreiche Gewerbe beeinträchtigte, wozu dann noch der Eisenbahnwagenmangel kam, der die Kohlenförderung indirekt beschränkte.

Den besten Gradmesser des trotz der vorgenannten Hemmnisse guten Geschäftsganges bildet die Entwicklung der Krankenkassen, die allmonatlich an das „Reichsarbeitsblatt“ Bericht erstatten. Sie umfassen mehr als zwei Fünftel der sämtlichen Krankenversicherer im Deutschen Reich; das erscheint hinreichend groß, um den Beschäftigungsgrad verlässlich widerzuspiegeln. Bei den jeweils gleichen Kassen waren versicherungspflichtige Mitglieder (abzüglich der erwerbsunfähigen Kranken):

am 1. Januar 1912	männliche 3424799	weibliche 1522143
„ 1. „ 1913	3529404	1597539
also am 1. „ 1913	+ 104605	+ 75396

Sieht man den Bestand an versicherungspflichtigen arbeitsfähigen Mitgliedern in den gleichen Krankenkassen am 1. Januar 1905 auf 100 und bringt man für die folgenden Jahre einen dem Bevölkerungswachstum entsprechenden Prozentsatz in Abzug, so ergibt sich für die letzten fünf Jahre für die männlichen Mitglieder und die einzelnen Monate folgendes Bild:

am 1.	1909	1910	1911	1912	1913
Januar	103	108	112	118	121
Februar	102	107	111	116	—
März	101	109	112	119	—
April	105	113	117	122	—
Mai	111	113	120	126	—
Juni	113	114	123	127	—
Juli	113	115	123	127	—
August	114	117	122	127	—
September	113	117	123	127	—
Oktober	114	118	124	128	—
November	114	119	124	127	—
Dezember	112	117	123	126	—

Will man, im Gegenfalle zur vorstehenden Tabelle, in welcher der Beschäftigungsgrad nach dem Stande vom

1. Januar 1905 für die einzelnen Jahre festgelegt ist, die Entwicklung innerhalb der einzelnen Jahre kennen lernen, so nimmt man den Bestand an versicherungspflichtigen und arbeitsfähigen männlichen Mitgliedern vom 1. Januar eines jeden Jahres gleich 100 und erhält unter den sonst gleichen Verhältnissen für die einzelnen Monate und Jahre folgendes Bild:

am 1.	1905	1909	1910	1911	1912
Januar	100	100	100	100	100
Februar	98	99	100	99	98
März	99	99	101	100	100
April	101	103	104	104	103
Mai	104	108	104	107	106
Juni	105	109	105	109	107
Juli	105	110	106	109	107
August	105	110	108	108	107
September	104	110	108	108	107
Oktober	104	110	109	109	108
November	104	110	109	110	107
Dezember	102	108	108	108	106

Eine Steigerung des Beschäftigungsgrades im Jahre 1912 lassen auch die Entnahmen aus dem Marktenverkaufe der Reichsinvalidenversicherung erkennen; in den letzten fünf Jahren betrug der Erlös in Millionen Mark:

Vierteljahr:	1908	1909	1910	1911	1912
I.	40,4	39,9	42,8	45,1	55,9
II.	40,9	42,3	44,8	46,5	62,4
III.	42,5	43,8	45,1	47,9	62,9
IV.	44,1	46,2	48,3	53,1	67,4

Wenn man auch einen beträchtlichen Teil der Mehreinnahmen im Jahre 1912 auf die seit 1. Januar 1912 eingetretene Erweiterung des Kreises der Versicherten durch die Reichsversicherungsordnung zurückführt, so bleibt doch die Zunahme im Jahre 1912 selbst, d. h. von Vierteljahr zu Vierteljahr, eine Erscheinung, die damit nicht erklärt ist; hier bleibt nur die Annahme übrig, daß die Zahl der Arbeitswachen und daher auch die Zahl der Beiträge der Versicherten gegenüber den Vorjahren erheblich gestiegen ist. Eine aufsteigende Entwicklung der Beschäftigungsmöglichkeit im vergangenen Jahr ergeben ferner die Berichte der mit dem reichsstatistischen Amte ständig in Verbindung stehenden Arbeitsnachweise. Sie verzeichnen

im Jahre:	männliche Arbeitssuchende	offene Stellen	besetzte Stellen
1910	2911527	1867273	1640600
1911	3598927	2508828	2211528
1912	4042937	2829150	2530053

Sierbei ist jedoch zu beachten, daß sich der Kreis der betrachtenden Arbeitsnachweise von Jahr zu Jahr erweitert hat. Berücksichtigt man aber für eine genauere Erläuterung der Arbeitsnachweise im Jahre 1912 ein und dieselben Arbeitsnachweise, so weit von ihnen auch Berichte für alle Monate des Jahres 1911 vorliegen, so ergibt sich für das ganze Jahr 1912 eine Zunahme der Vermittlungen für männliche Personen um insgesamt 177816. In den einzelnen Monaten kamen:

im Monate.	Auf je 100 offene Stellen					
	Arbeitsgesuche von					
	männlichen Personen			weiblichen Personen		
	1910	1911	1912	1910	1911	1912
Januar	254	196	192	98	90	100
Februar	229	210	178	90	81	88
März	182	157	145	84	76	84
April	166	143	150	86	79	92
Mai	183	144	153	91	82	97
Juni	165	146	146	88	85	101
Juli	162	141	140	93	87	97
August	154	142	146	87	90	92
September	145	133	141	87	92	92
Oktober	163	152	148	104	114	106
November	194	182	173	119	133	122
Dezember	218	183	175	100	112	106

In ähnlicher Weise lassen auch die Berichte über die Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden im Reichsdurchschnitt eine Besserung erkennen. Das Verhältnis der Arbeitslosenanzahl zur Mitgliederzahl von über zwei Millionen derjenigen Gewerkschaften, die an das „Reichsarbeitsblatt“ regelmäßig Bericht erstatten, veranschaulicht für die letzten fünf Jahre sowie im Durchschnitt des Jahres 1908/1912 nachstehende Übersicht in Prozenten ausgedrückt:

	1908	1909	1910	1911	1912	Durchschnitt 1908-1912
Ende Januar	2,9	4,2	2,6	2,6	2,9	3,0
„ Februar	2,7	4,1	2,3	2,2	2,6	2,7
„ März	2,5	3,5	1,8	1,9	1,6	2,2
„ April	2,8	2,9	1,8	1,8	1,7	2,1
„ Mai	2,8	2,8	2,0	1,6	1,9	2,1
„ Juni	2,9	2,8	2,0	1,6	1,7	2,1
„ Juli	2,7	2,5	1,9	1,6	1,8	2,0
„ August	2,7	2,3	1,7	1,8	1,7	2,0
„ September	2,7	2,1	1,8	1,7	1,5	1,9
„ Oktober	2,9	2,0	1,6	1,5	1,7	1,9
„ November	3,2	2,0	1,6	1,7	1,8	2,0
„ Dezember	4,4	2,6	2,1	2,4	2,8	2,8

Es blieben demnach die Arbeitslosenziffern in jedem Monate des Jahres 1912 hinter jenen des Durchschnitts der Jahre 1908-1912 und hinter jenen der Monate März bis September des Jahres 1910 zurück, während ein Vergleich mit dem Jahre 1911 keine Besserung erkennen läßt.

Wesentlich ungünstiger erweist sich jedoch die Ermittlung über die Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe. Für die letzten fünf Jahre ergeben sich aus dem „Reichsarbeitsblatt“ dafür folgende Prozentziffern:

	1908	1909	1910	1911	1912
Januar	2,9	4,7	4,1	3,3	2,7
Februar	2,2	3,8	3,3	2,6	2,3
März	1,7	2,6	2,9	1,8	2,1
April	2,5	3,4	2,8	1,7	1,6
Mai	3,8	4,9	4,0	2,1	2,9
Juni	6,5	6,1	5,0	4,3	5,5
Juli	6,4	7,1	8,0	3,4	6,4
August	7,3	7,5	8,7	4,4	6,6
September	6,9	7,1	8,6	6,1	7,4
Oktober	5,3	5,5	4,5	4,8	6,2
November	3,8	4,5	3,2	2,8	3,6
Dezember	2,8	2,7	2,7	2,5	4,7

Im Durchschnitt nach den Ziffern des „Reichsarbeitsblatts“	4,4	4,9	4,6	3,2	4,0
Endgültiger Durchschnitt nach den Jahresabrechnungen unfres Verbandsvorstands	5,0	5,0	4,6	4,0	?

Der Unterschied in den Ergebnissen der Durchschnittsberechnung nach den Ziffern des „Reichsarbeitsblatts“ und den endgültigen unser Hauptverwaltung ist darauf zurückzuführen, daß sich für jede Monatsabrechnung fast durchweg noch recht beträchtliche Nachträge einstellen, die dann die Gesamtsumme bei der Zusammenstellung der Jahresabrechnung über Arbeitslosenunterstützung am Ort und auf der Reise wesentlich erhöhen. Nach dieser jährlich wiederkehrenden Erfahrung kann der durchschnittliche Prozentfuß der Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe für das Jahr 1912 mit mindestens 4,5 angenommen werden, während der Reichsdurchschnitt nach den Berichten von rund 50 Gewerkschaften mit über 2 Millionen Mitgliedern einen Arbeitslosenprozentfuß von nur 2,2 ergibt. Da sich die Angaben des „Reichsarbeitsblatts“ auf 49 Verbände mit insgesamt 2099542 Mitglieder im vierten Vierteljahr beziehen, so kann man die ermittelte Arbeitslosenprozentziffer für das ganze Jahr auf rund 2 Millionen Arbeiter übertragen und kommt damit zu dem Ergebnisse, daß von diesen 2 Millionen Arbeitern rund 44000 das ganze Jahr hindurch arbeitslos waren. Und für uns Buchdrucker ergibt sich unter Zugrundelegung der Mitgliederzahl beim Abschluß des II. Quartals von 1912 eine Arbeitslosenanzahl von rund 3000 für das ganze Jahr bei 66726 Mitgliedern. Für die vier vorhergehenden Jahre berechne die Hauptverwaltung unfres Verbandes in gleicher Weise 2550 für 1911, 2778 für 1910, 2935 für 1909 und 2557 für 1908. Daraus ist also zu ersehen, daß der Umfang der Arbeitslosigkeit trotz aller guten Konjunktur in den letzten Jahren ungeheure Opfer forderte. Demgegenüber müssen bessere Mittel und Wege zur Abhilfe gesucht werden. Ein weiterer Ausbau der Arbeitslosenunterstützung kann indes nur überwinden, aber niemals einschränken. Die Hauptverwaltung unfres Verbandes hat sich bemüht, und zwar in erster Linie in einer anderen Richtung die Arbeitslosen sowie in der Beibringungsfrage. Denn gerade die Tatsache, daß trotz wirtschaftlicher Hochkonjunktur bei uns im Buchdruckgewerbe die Arbeitslosigkeit immer größere und zahlreichere Opfer an Lebenswerten und Geldmitteln verschlingt, läßt erkennen, daß wir es in dieser Richtung nicht nur mit einer vorübergehenden Erscheinung zu tun haben. Deutlich zeigen sich darin nur die ungünstigsten Folgen der sich fortgesetzte feinernde Mechanisierung des Arbeitsprozesses und der damit verbundenen Ausschaltung menschlicher Arbeitskräfte auf der einen und der intensivsten Ausnutzung der beschäftigten einzelnen Arbeitspersonen auf der andern Seite. Der Vergleich mit den Ergebnissen der Arbeiterstatistik im „Reichsarbeitsblatt“ gibt uns daher das Recht, und die Rücksicht auf die Tausende von arbeitslosen Buchdruckern zwingt uns dazu, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um diese traurigen Folgen der technischen Entwicklung und der ihr entgegenstehenden wirtschaftlichen Verhältnisse in erträglichere Bahnen zu lenken.

Korrespondenzen

J. Bauen. Die Generalversammlung unfres Ortsvereins fand am 18. Januar statt und war, wie alle Versammlungen des Ortsvereins im verflossenen Vereinsjahre, schlecht besucht. Nur die knappe Hälfte der Mitglieder hatte den Weg zum Vereinslokale gefunden; eine recht bedauerliche und für die, die es angeht, bescheidene Tatsache. Auch der vom stellvertretenden Vorsitzenden Schaefer (der erste ist bereits im November wegen Konditionswechsels von hier abgereist) gegebene Jahresbericht entrollte kein besonders günstiges Bild von den kollegialen Verhältnissen am Orte. Dem Kassierer Rentch wurde für einwandfreie Führung der Kassengeschäfte Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde zum Vorsitzenden Kollege Strötkner neu und zum Kassierer Kollege Rentch wiedergewählt. Bei den übrigen Ämtern verblieb es zum größten Teile bei der bisherigen Besetzung. Es sei nun zum Schluß erneut der Wunsch ausgesprochen, daß das neue Jahr eine Wandlung zur Besserung hinsichtlich des Veranlassungsbedarfs bringen möge.

Beußen (O.-Schl.). Die am 18. Januar abgehaltene Generalversammlung war von einer fastlichen Anzahl von Kollegen besucht. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht für das vierte Quartal 1912 sowie den Jahresbericht für das Vereinsjahr 1912. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Kurze Berichte über die Weihnachtsfeier und die Tarifratsstatistik folgten. Bei

lehterer verdient konstatiert zu werden, daß die Bezahlung über Tarif in Beuthen eine gute zu nennen ist. Hierauf gab der Vorsitzende einen Antrag zur Generalversammlung des Verbandes bekannt, welcher von der Versammlung gutgeheißen wurde. Nachdem die Tagesordnung erschöpft war, schritt man zur Neuwahl des Vorstandes. Die Kollegen Bialas (erster Vorsitzender) und Brenzel (Kassierer) wurden ebenso wie der Schriftführer und Bibliothekar per Akklamation wiedergewählt. Mit einem Hoch auf den Verband schloß die zahlreich besuchte Versammlung.

Bielefeld. Am 19. Januar fand in Paderborn die zweite Bezirksversammlung des Bezirks Bielefeld für die Mitglieder der Orte Beverungen, Brädel, Büren, Driburg, Höfder, Lippstadt, Paderborn und Warburg statt. Nicht vertreten waren die Orte Büren, Driburg und Höfder. Stellvertreter der Bezirksvorsitzender Klatterich eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Begrüßung, zugleich bedauernd, daß nicht sämtliche Kollegen der Einladung Folge geleistet hätten. Der Bezirksvorstand habe im Interesse der Kollegen, da der Bezirk ein weitverzweigter ist, diese Neuerung eingeführt. Nach den geschäftlichen Mitteilungen kam man zum Hauptpunkte der Tagesordnung, dem Vortrage des Kollegen Klatterich über: „Welche Aufgaben haben wir gegenwärtig und zukünftig zu erfüllen?“ In etwa einstündigen Ausführungen behandelte der Referent das Thema in ausführlicher Weise, und der Beifall bewies, daß die Anwesenden mit den Ausführungen einverstanden waren. An der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich verschiedene Kollegen, und es kam dabei zum Ausdruck, daß derartige Einrichtungen nicht zum Schaden des Bezirks Bielefeld seien. Bald nach 6 Uhr hatte die Versammlung ihr Ende erreicht, nachdem man noch eine kurze Zeit im Kollegenkreise verweilt hatte, schied man wieder voneinander mit dem Wunsch: Auf Wiedersehen zur nächsten Bezirksversammlung am 16. Februar in Bielefeld!

K. Bochum. In der Generalversammlung am 18. Januar gedachte Vorsitzender Friedemann zunächst des in Hattingen verstorbenen Kollegen Gustav Dicks, dessen Andenken die Versammlung in üblicher Weise ehrte. Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen, wobei häufiger werdende Versöße bei Arbeitslosigkeit und Krankheit einen scharfen Tadel erfuhren, wurde dem Entwurf eines Regulativs für den Arbeiterbildungsausschuß zugestimmt. Die Vorstandswahl ergab keine Änderung in der bisherigen Besetzung. Der Dr. Vereinsbeitrag wurde in der alten Höhe belassen. Mit dem 1. Januar stellte der Dr. Verein den Beitrag für den Gewerkschaftshausaufwand ein und verlangte die Beiträge für die letzten drei Jahre zurück — entsprechend einem vor drei Jahren getroffenen Abkommen —, weil in absehbarer Zeit weder an den Bau noch den Erwerb eines solchen Elementens zu denken ist. Zum Schluß hielt Gauvorsteher Abrecht einen Vortrag über: „Die modernen Gewerkschaften bis zum Jahre 1900.“ Die Versammlung dankte dem Vortragenden für seine wertvollen Mitteilungen und schloß die Versammlung mit dem Wunsch: Auf Wiedersehen zur nächsten Bezirksversammlung am 16. Februar in Bielefeld!

Breslau. Verein der Schriftgießer, Stereotypen- und Galvanoplastiker Schlesiens. Vor Eintritt in die Tagesordnung der Versammlung am 19. Januar begrüßte der Vorsitzende die Kollegen, unter denen sich zwei auswärtige befanden, und ermahnte sie, durch regen und zahlreichen Besuch der Versammlungen und Veranstaltungen den Vorstand zu unterstützen. Ein Schreiben der Zentral-Kommission der Schriftgießer betreffs Abhaltung eines Kongresses gelangte zur Verlesung. Der Vorsitzende erstattete sodann den Jahresbericht. Nach dem Berichte des Kassierers war der Stand der Kasse ein guter zu nennen; es wurde ihm Decharge erteilt. Von zwei aus Görlitz eingebrachten Anträgen wurde der erste, eine Geldbewilligung betreffend, nach lebhafter Debatte vom Antragsteller zurückgezogen. Dem zweiten, die leidige Hilfsarbeit betreffend, wurde in allen Punkten zugestimmt. Es soll nach Möglichkeit Abhilfe geschaffen werden. Bei der hierauf vorgenommenen Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Unter „Technischem“ erläuterte Kollege Schliebs an der Hand von Mustern das Rasterverfahren näher. Auch über die erheblich im Preise gestiegenen Metalle, wie Antimon, Zinn, Blei, referierte er, die früheren und jetzigen Preise miteinander vergleichend. Unter „Verschiedenes“ wurde einstimmig beschlossen, für den 23. Februar eine Versammlung mit darauffolgendem Serrenabend einzuberufen. Nachdem noch einige Interna ihre Erledigung gefunden, trat Schluß der von 26 Kollegen besuchten Versammlung ein.

Bromberg. Seine von 75 Mitgliedern besuchte Generalversammlung hielt unser Ortsverein am 19. Januar ab. Eingangs der Verhandlungen gedachte stellvertretender Vorsitzender Wittke unfers verstorbenen Kollegen Otto Cagger, dessen Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes bis auf den ersten Vorsitzenden, der mit Rücksicht auf seine Gesundheit von einer Wiederwahl absehen mußte. Nach Erledigung der örtlichen Angelegenheiten wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

K. Donaueschingen. Am 19. Januar fand hier eine gutbesuchte Mitgliederversammlung der Schwarzwalddrucker-Verbande, Neustadt, Hüfingen, Furlwangen und Donaueschingen statt. Bezirksvorsitzender Müller (Freiburg i. B.) eröffnete die Versammlung und dankte für den zahlreichen Besuch. Anwesend waren insgesamt 26 Kollegen. Nach Bezirkskassierer Jahobi hatte sich eingedunden. Kollege Müller erstattete sodann ausführlichen Bericht über die Beschlüsse der Gauvorsteherkonferenz. Die Ansichten der Kollegen wurden in Form folgender Resolution zusammengefaßt: „Die heutige Versammlung der Kollegen der Schwarzwalldruckorte erklärt sich mit den Vorschlägen der

Gauvorsteherkonferenz betreffs des Unterstützungswehrens nicht ganz einverstanden. Die Beitragserhöhung kann sie nur dann gutheißen, wenn eine entsprechende Erhöhung der Leistungen eintritt. Sie betrachtet eine Herabsetzung der Karenzzeit und eine Verminderung der Leistungen als für die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht angezeigt und als eine Erhöhung der Agitation.“ Alle Kollegen waren vom Verlaufe der Versammlung befriedigt. Hierauf wurde, nachdem noch einige interne Fragen behandelt worden waren, die Versammlung geschlossen.

Essen. Am 19. Januar hielt unser Ortsverein seine leider nur von 39 Mitgliedern besuchte Generalversammlung ab. Zunächst wurde ein Mitglied aufgenommen. Dann erstattete der frühere Vorsitzende, Kollege Schmidt, den Jahresbericht. Es folgten die Verlesung des Kassenberichts und der Bericht der Revisoren, worauf dem früheren Kassierer Warnke Entlastung erteilt wurde. Dann erstattete der Bibliothekar den Jahresbericht der Bibliothek, worauf der neue Vorsitzende Kollege Wenzel allen Funktionären namens der Versammlung dankte. Nachdem noch einige andre Punkte erledigt worden waren, trat Schluß der Versammlung ein.

Essen. Anknüpfend an einen Versammlungsbericht aus Essen in Nr. 2 des „Typograph“ entwirft sich Herr Treffer darüber, daß wir ihm wegen seines Essener Terrorismusmarchens etwas unspannend auf die Finger geklopft haben. Die Worte von „neuen Mann im Anse“, der seine Kollegen schwer und frech anligt“, wollen wir ihm schenken. Jedenfalls würden wir kaum so skrupellos sein, mit so edler Preßfreiheit wie Treffer einen ganzen Kongreß anzuschwätzen. Da er aber nun im „Typ.“ nach gewohntem Brauche wieder einen Schwindel durch den andern zu decken sucht, wollen wir hier trotz des kostbaren Raums doch näher auf die Sache eingehen. Einem noch nicht lange im Bunde befindlichen Gehilfen sollte bei seinem Eintritt in die hiesige Volkszeitungsdruckerei gedroht worden sein, daß seine Kondition nicht von langer Dauer sein würde, daß man nicht mit ihm zusammen arbeiten könne, wenn er nicht zum Verband überträte; er soll skandalisiert worden sein u. dgl. mehr. Endlich beschwerte man sich beim Prinzipale, der schaffe gründlich Remedur. Und dann: drohende Expulsion bei den Verbändlern, weil ein Bündler das Recht auf Arbeit beansprucht! So sieht das Bündler nach dem Ausschritt im „Typ.“ aus. In Wirklichkeit war es natürlich anders. Ein eben in den Bunde aufgenommenen Gehilfe von auswärtig wurde nach seinem Eintritte von einem Kollegen gefragt, ob er organisiert sei und dann in kollegialer Weise beraten, sich doch lieber der Organisation anzuschließen, die in Wirklichkeit Arbeiterinteressen vertritt. Er wurde von diesem auch zum Vorsitzenden gebracht, der ihm Organisationszwecke und -ziele kurz auseinandersetzte. Der junge Mann selbst war nach eignen Angaben noch jedweder gewerkschaftlichen Kenntnis bar. Im katholischen Gesellenvereine wurde keine Bündlermitgliedschaft eingeleitet. Später unter „Bündlerische“ und „Bündlerische“ behauptete er, seinen Eintritt in die Druckerei nicht als „Bündler“ zu betrachten, sondern als „Arbeiter“, was er als „Bündler“ nicht als „Bündler“ bezeichnete. Auf die angeblichen Skandalen wollen wir gar nicht eingehen. Denn in Wirklichkeit sind es Mägdchen, die der „Typ.“ seinen schäbgebundenen Leiern vorgaukelt. Mit einemmal aber lauchte die Behauptung auf, der erwähnte Verbändler habe dem widerpenftigen Bündler gedroht, seine Kondition könne nicht von langer Dauer sein, da man es einem Verbändler nicht zumuten könne, mit einem Bündler zusammen zu arbeiten. Und das glaubt man der Welt weismachen zu können, trotzdem 14 Bündler unbehelligt in der Dffizin arbeiten! Glaub dem Treffer im Ernste selbst an den Bößhinn, ein Verbändler würde es für wahrscheinlich halten, bei der freundschaftlichen Zuneigung, deren sich der Bunde auch in der „Volkszeitung“ erfreut, auf die Konditionsdauer eines Bündlers einwirken zu können? Und wo bleiben die Zeugen für die angebliche Aueberung des Verbändlers, die dieser entschieden bestritt? Ja freilich, wird Treffer sagen, Zeugen solcher Vorgänge gibt es nicht. Die spielen sich natürlich immer unter vier Augen ab. Aber die Sache ist ja nicht so schwer. Man suggerierte nach „christlicher“ Agitationspraxis dem jungen Manne die Worte so lange, bis er sie selber glaubt und behauptet, sie gehört zu haben. Endlich hat man dann den lang ersehnten schauerlichen Terrorismusfall zusammengeschustert, und nun wird ein „Herr von auswärtig“ mobilisiert, der die Aufgabe hat, den Prinzipal scharf zu machen. Der Zweck wurde dem auch erreicht. Der „Terrorist“ wurde zum Prinzipale zitternd und ungebüßig gebüßig abgewaschen. Als er es wagen wollte, den bündlerischen Schwindel auch als solchen zu bezeichnen, wurde ihm die Stirn gewiesen. Der Vertrauensmann, wegen dieser offenkundigen Ungerechtigkeit zum Vorgehen veranlaßt, wurde nicht angehört! Daß ein solches Verfahren zu Gegenwirkungen führen mußte, war unausbleiblich. In einer sofort anberaumten Druckereiverammlung machte sich die erregte Stimmung Luft. Bald ein Jahr lang hatten sich die Verbandsmitglieder fortgesetzt reize Denunziationen und auch Proklamationen von den Bündlern gefallen lassen müssen, ob sie sich verteidigen zu dürfen. Man glaubte eben auf Prinzipalsseite immer unbelieben dem kleinen Schreier, der ja auch so nötig den Seiltänzer des Terrorisierens gebraucht. Nun sollte endlich einmal gegen diese Mache frontiert werden. Eine von allen Verbandsmitgliedern unterschriebene Resolution wurde dem Prinzipal übermittelt, die deutlich den Willen bekundete, gegenüber den Hirngespinnstverfolgungswahnsinniger Bündler zum mindesten Gerechtigkeit zu erlangen. Es wurde gefordert, daß etwaige fernere Denunziationen stets zur Beweisführung unter Zuziehung des Beschuldigten gebracht werden sollten. In einer Aussprache mit dem Arbeiterausschuße wurde dem auch Klarheit geschaffen. Daß sich danach der Prinzipal auch einmal einen der Herren Bündler gründlich vorband und so auch

nach dieser Richtung „einigermassen Remedur“ schuf, das brauchen Treffer und die Leser des „Typ.“ natürlich nicht zu wissen. Für diesen Musfertknaben führte selbst der Prinzipal krankhafte Veranlagung als Milderungsgrund für sein Denunziationsfieber an! Damit sei der Fall abgetan. Die Gründe, weshalb der Bunde auch hier jetzt zu dem immer noch bewährten Terrorismus-Schwindel greift, sind nur zu durchsichtig: Die Offenslichkeit soll sich mehr mit ihm beschäftigen. Ist er doch trotz der duzendfachen Wiederholungen Treffer's, daß „noch viele, viele zu denken, die auch den richtigen Weg noch finden werden“, nicht in dem Maße in der Druckerei der „Volkszeitung“ ausgeblüht, wie man sich es träumen ließ. Was soll man sonst dazu sagen, daß sich vor einiger Zeit christliche Gewerkschafter in einem ihrer hiesigen Verkehrslokale darüber ausprachen, was getrieben müsse, um dem dreimal wunderbaren Bunde in jener Druckerei zu der ihm gebührenden Stärke zu verhelfen? Sprach man doch sogar davon, daß gegebenenfalls zur Abbestellung der „Volkszeitung“ gegriffen werden könnte! Man sieht, welche zwar undurchführbaren, aber doch terroristischen Gedanken die durch alle möglichen Kreise forcierte Agitation für den Bunde in manchen christlichen Hirn auslösen. Anschließend hieran wollen wir gleich auch noch Treffer's Schmerz in einem andern Falle heilen. Er gerührt sich in Nr. 4 des „Typ.“ unsere Köpfe, weshalb das Mitglied Stoltenberg in Werden nicht ausgehollt würde, das an einer christlichen Kiste in den Vorstand der Driskrankenkasse gewählt ist. Also: Nein, verehrte „Typ.“-Redaktion, wir fühlen keine Veranlassung, dazu. Unser Kollege St., der absolut nicht daran denkt, auf die bündlerische Zeimrute zu kriechen, ist seit acht Jahren im Vorstande der Werdener Krankenkasse, der von der Gesamtheit der Versicherten als Wahlkörper gewählt wird. In Werden dominieren noch die christlichen Gewerkschaften. Kollege St. und mit ihm ein anderer freier Gewerkschafter (ein Bruder des bekannten Christenführers August Bruff) wurden auch früher schon mit christlicher Stimmenmehrheit gewählt. Nach dem Erstarben der freien Gewerkschaften wurden nun dlesmal getrennte Listen aufgestellt. Ohne sein Zutun und ohne ihn zu befragen setzten die Christen unsern Kollegen wieder auf ihre Liste und wählten ihn auch. Es läßt sich schließlich darüber streiten, ob es eine besondere Ehre ist, als freier Gewerkschafter nur mit Stimmen der Christen gewählt zu sein. Wenn unser Kollege aber gewillt ist, gerade im Augenblicke der durch die Reichsversicherungsordnung bedingten Neuorientierung der Kassenverhältnisse und im Hinblick auf die nicht gerade forschrichtlich gerichtete Mehrheit im Kassenvorstande seine Tätigkeit im Interesse der Versicherten fortzuführen, so haben wir gar keine Ursache, ihm deshalb gram zu sein, zumal er uns erklärt, gar nicht daran zu denken, den im „Typ.“ wie Sauerbier angepreisenen Verdienstkorden für den „Mut der Konsequenz“ zu erwerben. Es ist denn doch schließlich etwas andres, ob man ohne eigene Initiative von christlichen Versicherten auf einer bereits lange Jahre im Arbeiterinteresse ausgeübten Funktion wieder beauftragt wird, oder ob man als freier Gewerkschafter bei sozialen Wahlen planmäßig und offen Agitation für die gegnerische Richtung betreibt, wie der Konfusionsrat Treffer einst in Essen. Dem selbste allerdings „der Mut der Konsequenz“, denn sonst hätte er demals bereits in das von ihm ebenfalls propagierte christlich-graphische Verbänden eintreten müssen. Aber das Sprungbrett febert ja auch besser, wenn man es als Märtyrer betreten kann. Nicht wahr, Herr Treffer, die Spekulation war richtig?

Feuerbach. In der am 18. Januar abgehaltenen Generalversammlung ließ leider der Besuch zu wünschen übrig. Der Schriftführer gab einen ausführlichen Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr, welchem der des Kassierers folgte. Auch der Kartebericht wurde in sachlicher Ausführung gegeben. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt. Nach kurzer Debatte zum Punkt „Verschiedenes“, schloß der Vorsitzende mit dem Wunsche, in Zukunft einen besseren Versammlungsbesuch erwarten zu dürfen.

Geislingen. Der Dr. Verein Geislingen-Altstadt hielt am 19. Januar seine Generalversammlung in Geislingen mit sehr reichhaltiger Tagesordnung ab. Die Versammlung war vollständig besetzt. Nachdem der Schriftführer einen Rückblick über das abgelaufene Vereinsjahr verlesen hatte, erstattete der Vertrauensmann einen Tätigkeits- und Kassenbericht. Darauf verlas der Vorsitzende ein Schreiben der Leitung der Leipziger Buchgewerbeausstellung. Aus der Mitte der Versammlung wurde angeregt, die Ausstellung zu besuchen und hierzu eine Reiseiparkasse in Kraft treten zu lassen. Die Neuwahlen verliefen gut, als Vorsitzender wurde Kollege Morlo d. wiedergewählt. Der Vorsitzende dankte den früheren Vorstandsmitgliedern für ihre Tätigkeit. Zum Schluß wurde noch die Lokalfrage angeprochen und als Vereinslokal das Gasthaus „Zum Stern“ einstimmig gewählt. — Anschließend hieran wurde die Generalversammlung des hiesigen Graphischen Klubs abgehalten. Der Vorsitzende erstattete den Tätigkeits- und Kassenbericht. Der Vorstand blieb derselbe wie im Vorjahr. Am Schluß betonte der Vorsitzende die Notwendigkeit, im neuen Jahre recht kräftig am Ausbau des Dr. Vereins wie auch des Graphischen Klubs tätig zu sein.

R. Gießen. In der Jahreshauptversammlung hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Vorsitzender Moutarde erstattete den Jahresbericht. Er ermahnte die Kollegen, in Zukunft die Versammlungen besser zu besuchen und sich reger am Vereinsleben zu beteiligen. Der Vorstand wurde per Akklamation wiedergewählt. Der Punkt „Anträge zur Generalversammlung in Duisig“ zeitigte folgenden Antrag: „Die Gauzweitschüsse kommen in Vorkall und werden auf die Verbandskasse übernommen; dafür ist

der Verbandsbeitrag entsprechend zu erhöhen und die Gebühre zu erniedrigen.“ Unter „Beschwiebenem“ brachte der Vorsitzende den Kollegen Rödiger und Wollermann die Glückwünsche dar zu ihrer 25jährigen Verbandszugehörigkeit und stellte sie den jüngeren Kollegen als Vorbilder hin. Nach Erledigung verschiedener kleiner Angelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende.

Seiligenstadt (Sachs.). Die am 18. Januar abgehaltene Generalversammlung hatte sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht. Bei der Neuwahl wurden Vorsitzender und Kassierer wiedergewählt. Der Schriftführer wurde neu gewählt. Erwähnt wurde, daß der Göttinger Gutenbergbund Seiligenstadt seit langer Zeit mit „Typographen“ bombardiert. Auch wurden die Neuauslernenden mit Stufen und Aufnahmezeichen von bündlerischer Seite bedacht. Da die jungen Kollegen aber in richtiger Erkenntnis dem Verbandsbeitritt, so war die bündlerische Agitation für die Kass. Einige interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

Silbberhausen. In der am 18. Januar abgehaltenen Generalversammlung waren von 57 Kollegen 47 anwesend. Die reichhaltige Tagesordnung wickelte sich verhältnismäßig schnell und glatt ab. Der vom Vorstande beantragte Erhöhung des Ortsvereinsbeitrags von wöchentlich 5 auf 10 Pf. wurde mit großer Mehrheit zugestimmt. In der Zusammenlegung des Vorstandes trat keinerlei Veränderung ein. Nachdem noch der Kartellbericht erstattet sowie die Kartelldelegierten gewählt und der Punkt „Sonstiges“ erledigt worden war, wurde die Versammlung mit einem Koch auf den Verband geschlossen. — Für die im Jahre 1914 in Leipzig stattfindende Ausstellung wurde eine Sparkasse eingerichtet.

Kalkwitz (Sachs.). Die am 18. Januar abgehaltene Generalversammlung war nur von 62 Kollegen besucht, was bei einem Mitgliederbestande von 113 höchst bedauerlich ist, zeigt es doch die Interessiertheit der Kollegen für unsere Sache in hohem Grade. In Verbindung des Vorsitzenden wurde Kollege Wasnisch zum Leiter der Generalversammlung gewählt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Versammlungsleiter in ehrenden Worten des am 28. Dezember verstorbenen Kollegen Dombrowski, dessen Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Kollege Sübenek gab den tadellos ausgearbeiteten Jahres- und Kassensbericht. Die Wahl des ersten Vorsitzenden, welcher zugleich Bezirksvorsitzender ist, wurde bereits im Monate Dezember durch die Urabstimmung im Bezirke vorgenommen. Die Wahl fiel auf Kollegen Baumgart. Als Kassierer wurde Kollege Sübenek in der Generalversammlung gewählt. Unter „Beschwiebenem“ wurden u. a. dem Gesangsverein „Gutenberg“, der die Veranstaltungen des Orts- und Bezirksvereins stets durch seine Vorträge verhöhet, für das Jahr 1913 aus der Driskasse ein Zuschuß von 30 Mk. bewilligt. Aber die Verlegung des Vereinslokals in das Gewerkschaftshaus, da sich die Versammlung nicht einig geworden konnte, eine Abstimmung unter den Mitgliedern des Ortsvereins entscheiden.

Randau a. M. In der ersten Generalversammlung ihres jungen Ortsvereins am 17. Januar waren von 13 Mitgliedern 10 anwesend. Vorsitzender Koch warf einen Rückblick auf das vergangene Geschäftsjahr. Kassierer Dambach brachte sodann den Rechenschaftsbericht zur Kenntnis und beleuchtete in sachlicher Weise die günstige Vermögenslage des Vereins trotz des kurzen Bestandes. Es wurde ihm für seine mühevollen Tätigkeit infolge des großen Wechsels am hiesigen Orte Dank ausgesprochen und Rechere erteilt. Ein vom Vorstande zur Generalversammlung gestellter formeller Antrag wurde einstimmig genehmigt. Die Neuwahl des Vorstandes verlief in ordnungsgemäßer Weise. Nachdem noch dem scheidenden Vorstande der Dank der Versammlung ausgesprochen worden war, schloß die Generalversammlung mit einem Koch auf den Verband.

Reudam (Nim). Die am 18. Januar stattgehabte Generalversammlung war gut besucht. Nach dem Jahresrückblick des Vorsitzenden, dem Kassieren und dem Kartellbericht wurde die Vorstandswahl vorgenommen, bei der alle Vorstandsmitglieder per Akklamation wiedergewählt wurden. Ein Mahnwort zur beruflichen Fortbildung führte der Graphischen Vereinigung einige neue Mitglieder zu. Alsdann wurden dem Gesangsverein, dem Maschinenmeisterverein und der Graphischen Vereinigung auf ihre Anträge Geldbeiträge bewilligt. Die Vornahme einer Sammlung unter den Mitgliedern und Bewilligung eines Zuschusses aus der Vereinskasse, zusammen 75 Mk., für ein im besten Mannesalter durch Berufskrankheit invalide gewordenen früheren Mitglied schloß die Versammlung.

M. Blauen i. B. Die hiesige Mitgliedschaft hielt am 18. Januar ihre Generalversammlung ab, welche leider nur von 73 Kollegen besucht war. Nach Ablegung der fälligen Quartalsberichte und Entgegennahme der Jahresberichte konnte ein Kollege beim Gauvorstande zur Aufnahme empfohlen werden. Die vorgemachten Gesamtvorstandsarbeit ergab die Wiederwahl des jetzigen Vorstandes, mit Ausnahme des Kassierers, der eine Wiederwahl ablehnte, und zweier Revisoren. An Stelle des alten Kassierers wurde Kollege William Meyer gewählt. Dem bisherigen Kassierer, Kollegen Linke, wurde für seine siebenjährige Tätigkeit der beste Dank ausgesprochen, auch ehrten ihn die Kollegen in besonderer Weise. Nachdem noch für den Gesangsverein „Gutenberg“ für seine Mitwirkung bei den Festen 25 Mk. bewilligt worden waren und Angelegenheiten interner Natur ihre Erledigung gefunden hatten, wurde die Generalversammlung mit einem Koch auf den Verband geschlossen.

Raheburg. Am 19. Januar hielt der Ortsverein Raheburg-Mölln seine Generalversammlung ab, die, mit

einer Ausnahme, von allen Kollegen besucht war. Vorsitzender Knipper erstattete den Jahresbericht. Die sich anschließende Wahl des Vorstandes ergab dessen Wiederwahl. Als Delegierte zum bevorstehenden Gauzuge wurden die Kollegen Knipper (Raheburg) und Zanker (Mölln) vorgeschlagen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit einem begeistert aufgenommenen Koch auf den Verband die Generalversammlung, der sich die fünfjährige Stiftungsfeier des Ortsvereins in würdiger Weise angeschlossen. Schöne Konzertmusik sowie ein flotter Ball hielten die Kollegen nebst Damen und Gästen bis zur frühen Morgenstunde in gemüthlichster Stimmung beisammen.

Ravensburg. Am 19. Januar hielt die hiesige Mitgliedschaft ihre Generalversammlung ab, welche einen fast vollständigen Besuch aufzuweisen hatte. Vertrauensmann Kuhnle gab einen kurzen Rückblick über die erledigten Geschäfte im abgelaufenen Jahre. Der Mitgliederzuwachs war infolge der Tarifanerkennung und Neugründung einer Zeitung der Firma Ulrich ein ansehnlicher. Der Vertrauensmann wurde einstimmig wieder auf seinen Posten berufen und ihm für seine erprobte Geschäftsführung der Dank der Versammlung durch Kollegen Kauer ausgesprochen. Ein Antrag betreffs Anschluß an das hiesige Gewerkschaftskartell wurde aus örtlichen Gründen abgelehnt.

Schneidemühl-Kolmar i. B. Am 18. Januar hielt unser Ortsverein in Schneidemühl seine Generalversammlung ab, verbunden mit der Feier des zweiten Stiftungsfestes. Nach Aufnahme neuer Mitglieder erstattete der Vorsitzende einen ausführlichen Jahres- und Kassensbericht. Der alte Vorstand wurde darauf per Akklamation wiedergewählt. Nach Erledigung der übrigen Tagesordnung wurde die Versammlung mit einem Koch auf den Verband geschlossen. — Im Anschluß hieran wurde das zweite Stiftungsfest durch einen Kommerz gefeiert. Bei Gelang fröhlicher Lieder, komischen Vorträgen und lebhafter Fidelitas blieben die Kollegen noch einige Stunden in fröhlicher Stimmung beisammen. Bemerkenswert ist noch, daß die Kollegen fast vollständig erschienen waren.

Solingen. In der am 18. Januar stattgehabte Generalversammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Vom Vorsitzenden wurde der Jahresbericht erstattet, der von der Versammlung beifällig aufgenommen wurde. Durch die Wiederwahl des Vorstandes dokumentierte sich die Zufriedenheit der Kollegen mit dessen Tätigkeit im verfloffenen Jahre. Nachdem noch die Kartelldelegierten ihren Bericht über die Tätigkeit des Kartells gegeben hatten und nach Erledigung interner Angelegenheiten fand die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

Warendorf i. Westf. Zu der am 18. Januar stattgehabten Generalversammlung hatten sich erfreuenweise sämtliche Kollegen eingehunden. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht und der Kassierer den Kassensbericht. Sodann schritt man zur Vorstandswahl. Es wurden gewählt die Kollegen Berthold, Gamm, J. als Vorsitzender und Joseph Schiller als Kassierer. Der Beitrag zur Verbandskasse vom 1. Januar d. J. ab erhöht worden ist, war der Antrag gestellt, den Ortsvereinsbeitrag zu erniedrigen. Die überwiegende Mehrheit war jedoch für die Beibehaltung des bisherigen Ortsvereinsbeitrags. Es wurde angeregt, aus der Driskasse Krankenunterstützung zu zahlen. Diese Anregung fand allseitige Unterstützung; doch soll hierüber in der nächsten Monatsversammlung verhandelt werden. Der Vorsitzende schloß hierauf die Generalversammlung und bat alle Kollegen, auch fernerhin alles zu tun, was zur Förderung des Verbandes dienen könne.

Waren i. M. In der am 18. Januar abgehaltenen Jahresversammlung des hiesigen Ortsvereins wurde zunächst der Jahres- und Kassensbericht erstattet, welcher zu Monka keinen Anlaß gab. Die sodann vorgenommene Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des Kollegen Gustafsen als Vorsitzenden, an Stelle des von hier scheidenden Kollegen Hinzpeter wurde Kollege W. Kruse als Kassierer und Schriftführer gewählt.

□ □ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □ □

Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. Kongresse: Daß die Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig im Jahre 1914 der Sammelpunkt werden wird für alles, was zum Buchgewerbe und zur Graphik irgendwie Beziehungen hat, zeigt sich schon aus der Zahl der großen Verbände und Korporationen, die Leipzig und die Buchgewerbeausstellung als den Ort ihrer Tagungen im Jahre 1914 ausersehen haben. Große nationale und internationale Verbände von Gelehrten, Künstlern, Wissenschaftlern, Bibliothekaren, Schriftstellern, Journalisten, Bibliophilen, Sammlern und Kunstfreunden haben ihre Tagungen bereits bei der Ausstellung angemeldet, und selbst diejenigen Verbände, die im Jahre 1914 statutenmäßig keine Versammlungen abhalten, haben der Ausstellungsleitung bereits mitgeteilt, daß sie statt dessen einen gemeinsamen Besuch mit einer größeren Anzahl von Mitgliedern beschlossen haben. — Beteiligung Österreichs: Zu den fremden Staaten, die sich an der Ausstellung mit eigenen Pavillons beteiligen, ist nun auch Österreich gekommen. Und nach vorläufiger Feststellung wird dafür ein Platz von 2500 qm in Frage kommen, da der Pavillon Österreichs doppelt so groß werden soll als jener auf der Hygieneausstellung in Dresden.

Schöffenauslosung in Karlsruhe. Für das Jahr 1913 wurden in Karlsruhe die Kollegen Fr. Bahler, Karl Eiga,

Gustav Erb, Robert Gerber, Fr. Herrmann, F. Kirsten und Fr. Zink als Schöffen ausgelost.

Konferenz der Verbandsvorstandsvertreter der freien Gewerkschaften Deutschlands. Am 23. und 24. Januar fand im Berliner „Gewerkschaftshaus“ eine Konferenz der Verbandsvorstände statt. An erster Stelle nahm die Konferenz den Bericht über die Gründung und Organisation der gewerkschaftlich-gewerkschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft „Volkshilfe“ entgegen, deren Satzungen und Versicherungsbedingungen zurzeit dem Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung vorliegen. Die Konferenz beschloß die Erhöhung des Organisationsfonds auf 200000 Mark und stimmte dem vorgelegten Organisationsplane zu, wonach die gewerkschaftlichen Organisationen mit der Einziehung der Prämien betraut werden. Über die Fragen, in welchem Umfange die Vertretung der Versicherer vor den Oberversicherungsämtern übernommen werden kann und ob zu diesem Zwecke weitere Arbeiterskretariate ins Leben gerufen und aus allgemeinen Mitteln unterhalten werden sollen oder ob diese Vertretung den Bezirken unter Schaffung von Bezirkskartellen zu überlassen ist, kam es zu keiner entscheidenden Abstimmung, weshalb die Vorstände sich schriftlich darüber entscheiden sollen. Für die durch den Balkankrieg an den Rand des Ruins gebrachten Gewerkschaften Bulgariens und Serbiens sollen zum Wiederaufbau ihrer Organisationen Mittel durch Sammlungen in den deutschen Gewerkschaften aufgebracht werden. In den weiteren Verhandlungen wurden Fragen der Streikunterstützung, der Haftung der Gewerkschaften für Bonhoffpublikationen, der Berichterstattung über Verbandsfrage, der Veranstaltung von Vortragskurven über Gewerkschaftswesen sowie der Berichterstattung an das Kaiserliche Statistische Amt über Arbeitslosigkeit erörtert und auf die Behebung der Bezeichnungen der in deutscher Sprache vorhandenen Gewerkschaftsliteratur aufmerksam gemacht.

Tarifvertrag zwischen Krankenkassen und deren Angestellten. Nachdem der Köhler Krankenkassentag 1912 dem erneuten Abschluß eines Tarifvertrags mit der Angestelltenorganisation zugestimmt hat, ist der formulierte Vertrag nunmehr von den Vertretern des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen E. B. (Sitz Dresden) und des Verbandes der Bureauangestellten Deutschlands (Sitz Berlin) unterzeichnet worden. Mit dem Abschluß dieses Vertrags haben sich die Angestellten eine Anzahl Verbesserungen ihrer Arbeitsverhältnisse errungen. Die Anfangsgehälter sind entsprechend dem Beschlusse des Dresdner Krankenkassentags 1911 um 100 Mk. erhöht worden, wodurch sich das Eingehalt um 150 Mk. erhöht. Die Gruppierung der Angestellten nach den einzelnen Gehaltsklassen wurde in zweifelsfreier Weise festgelegt. Bei Arbeitsbehinderung durch Krankheit ist die Fortgewährung des Gehalts, unter Abzug des Krankengeldes, von drei auf sechs Monate erhöht worden. Die wichtigsten Erfolge für die Angestellten liegen neben der Gehaltserhöhung in den Vereinbarungen über den Erholungsurlaub, der erhöht worden ist, und die Münderungsmodalitäten. Dem Tarifvertrag ist „eine Mutterdienstordnung mit Anstellungsvertragsmuster für Angestellte angefügt. Diese Mutterdienstordnung kommt erst nach dem Inkrafttreten der Reichsverversicherungsordnung in Betracht, während die materiellen Bestimmungen der Tarifgemeinschaft bereits ab 1. Oktober 1912 Geltung haben sollten. Der Krankenkassentag ist also den Forderungen der Angestellten in einigen Punkten, und zwar einmütig, entgegengekommen, trotzdem anfangs die Auslichten auf Abschluß eines Tarifvertrags etwas trübe waren. Allerdings ist auch zu konstatieren, daß es in vielen Krankenkassen mit der Anerkennung dieses Tarifs noch bedeutend hapert. Deshalb wird es Sache der Arbeitgebervertreter in den Krankenkassen sein, darüber zu wachen, daß diese sozialen Institute auch Musterinstitute in den Beziehungen zu ihren Angestellten sind.

Scharfmacher und Christliche. Im loeben erschienenen Geschäftsberichte der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände wird mit aller Schärfe Sturm gegen die Tarifverträge gelaufen und bezeichnenderweise ausdrücklich den christlichen Gewerkschaften die Aufgabe zugeschrieben, die weitere Entwicklung des Tarifvertragsgedankens zu durchkreuzen. Es heißt in dem Geschäftsberichte zu diesem Punkt: „Es ist unerfindlich, daß namentlich die christlichen Gewerkschaften, die durch die Tarifvertragspolitik praktisch an die Wand gedrückt werden, nicht die Kraft finden, energischer, insbesondere unter Zuhilfenahme des politischen Einflusses, den sie haben, dagegen vorzugehen. Wir empfehlen diese Entwicklung des Tarifvertrags der ernstesten Beachtung unserer Regierung, die doch die Interessen der Allgemeinheit zu wahren berufen ist, denn für die Allgemeinheit besteht hierin eine Gefahr, deren Tragweite gar nicht abzusehen ist. Der Tarifvertrag führt, das zeigt diese Entwicklung, zum Arbeitsmonopole, das Arbeitsmonopol zum Koalitionszwange, der Koalitionszwang zur politischen und wirtschaftlichen Beherrschung der Allgemeinheit durch die organisierte Lohnarbeiterkraft. Es ist bedauerlich, daß selbst ein Teil der Arbeitgeber sich durch Schlagworte hat einschließen lassen und die Forderung auf Erlass eines Verbots des Streikpostenstehens aus Opportunitätsgründen fallen gelassen habe, weil sich im gegenwärtigen Reichstage keine Mehrheit für ein solches Verbot finden und außerdem ein Verbot den Sozialdemokraten nur willkommenen Agitationsstoff liefern würde. Solche reinen Persönlichkeitsgründe sollten in einer so ernstigen Frage nicht ausschlaggebend sein. Die Macht der Gegner wächst von Tag zu Tag, immer neue Volkskreise fucht die Sozialdemokratie in den Dienst ihrer staatsfeindlichen Tätigkeit zu stellen. Neben den politischen organisierten Streikkräften bedient sie sich der gewerkschaftlichen Mittel und, namentlich in letzter Zeit, in immer größerem Umfang auch der Konsumvereine zur Durchführung ihrer politischen und wirtschaftlichen Ziele.“

glieber für 8614 Tage a 1,50 Mk. = 12921 Mk. und an 2331 Mitglieder für 34596 Tage a 1,75 Mk. = 60543 Mk., in Summa 73464 Mk. — Im Verhältniß zu demselben Monate des Vorjahrs wurde Ortsunterstützung gezahlt:

1912 an 3004 Mitgl. 43210 Tage = 73464,— Mk.
1911 „ 2728 „ 40470 „ = 69011,— „

mehr 1912 an 276 Mitgl. 2740 Tage = 4453,— Mk.
Die Ausgabe von 73464 Mk. verteilt sich auf die einzelnen Gaue wie folgt: Bayern 6266,50 Mk., Berlin 24402,75 Mk., Dresden 2533,50 Mk., Elsaß-Lothringen 742,25 Mk., Erzgebirge-Bogland 584,50 Mk., Frankfurt-Hessen 2635,50 Mk., Hamburg-Altona 3958 Mk., Hannover 2011,75 Mk., Leipzig 7946,75 Mk., Mecklenburg-Vorpommern 306 Mk., Mittelrhein 1944,25 Mk., Nordwest 1239,75 Mk., Oberhein 756,50 Mk., Ober 1665,50 Mk., Ostfalen-Schlesien 1289,50 Mk., Ostpreußen 211,25 Mk., Posen 383,25 Mk., Rheinland-Westfalen 4121,50 Mk., An der Saale 2573 Mk., Schlesien 3067,75 Mk., Schleswig-Holstein 540,50 Mk., Westpreußen 369,75 Mk. und Württemberg 3914 Mk.

Insgesamt wurden auf der Reise und am Ort im Monate Dezember

1912 an 3391 Mitgl. 48192 Tage = 79911,35 Mk.
1911 „ 3032 „ 43917 „ = 73424,— „

mehr 1912 an 359 Mitgl. 4275 Tage = 6487,35 Mk. ausgezahlt. Nach der Anzahl der Tage (48192) sind daher 1555 Mitglieder (gegen 1416 Mitglieder im Vorjahre) den ganzen Monat Dezember hindurch im Bezuge von Arbeitslosenunterstützung gewesen.

Gesamtausgabe im vierten Quartale (Oktober bis Dezember):

1912: 315885,60 Mk. für 193281 Tage
1911: 245353,30 „ „ 150618 „

mehr 1912: 70532,30 Mk. für 42663 Tage (ohne die mit der Quartalsabrechnung eventuell noch eingehenden Nachträge).

Gesamtübericht über die Ausgaben an Reise- und Ortsunterstützung im Jahre 1912.

An Reiseunterstützung wurde gezahlt:
im Jahre 1912: 227292,80 Mk. für 179007 Tage.
„ 1911: 183543,— „ 146887 „
mehr 1912: 43749,80 Mk. für 32120 Tage.

Von diesen 227292,80 Mk. entfielen auf die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker 206529,30 Mk. und auf die Mitglieder gegenständlicher Vereine 20763,50 Mk., und zwar auf:

Belgien	für	26-Reisefrage	26,—	Mk.
Bosnien	„	„	129,—	„
Dänien	„	1503	1539,50	„
Finnländer	„	311	311,—	„
Franken	„	315	315,—	„
Italiener	„	14	14,—	„
Kroatien	„	57	576,50	„
Lugaburger	„	31	38,50	„
Nordweger	„	551	578,—	„
Östreicher	„	9856	10734,—	„
Rigger	„	119	119,—	„
Rumänen	„	31	46,—	„
Schweden	„	709	775,—	„
Schweizer (Deutsche)	„	1640	1834,50	„
„ (romanische)	„	11	11,—	„
Ungarn	„	148	148,—	„
„	„	3337	3568,50	„

zusammen für 19258 Reisefrage 20763,50 Mk.

An Ortsunterstützung wurde gezahlt:
im Jahre 1912: 1151497,75 Mk. für 679595 Tage
„ 1911: 920546,50 „ 543439 „
mehr 1912: 230951,25 Mk. für 136156 Tage.

Insgesamt wurde an Reise- und Ortsunterstützung gezahlt:

im Jahre 1912: 1378790,55 Mk. für 858602 Tage
„ 1911: 1104089,50 „ 690326 „
mehr 1912: 274701,05 Mk. für 168276 Tage

(ohne die mit den Abrechnungen für das vierte Quartal eventuell noch eingehenden Nachträge).

Murbach-Elsfeld-Falkenstein. Das Blasium wird täglich von 4 bis 6 Uhr durch Kollegen Fr. Morgner in Falkenstein, Lutherstraße 4, ausgezahlt.

Marburg. Die Herren Reichshausverwalter werden gebeten, dem Seher Peter Martini aus Erier (Sauptbuchnummer 1233) 2 Mk. hier erhaltenen Vorkauf abzugeben und portofrei an Gustav Rohr in Marburg a. L., Markt 24, zu senden.

Verammlungskalender.

Afsterleben. Verammlung heute Sonnabend, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Kaiserhof“.

Berlin. Maschinenmeisterverammlung Dienstag, den 11. Februar, abends pünktlich 6 Uhr, in den „Industriefesthallen“, Beutelsstraße.

Bernau (Mark). Verammlung heute Sonnabend, den 8. Februar, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Braunshweig. Maschinenlehrgeneralverammlung Sonntag, den 16. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, im Vereinslokal Nr. 11, Altemühl-, Südenstraße 29.

Chemnitz. Maschinenmeistergeneralverammlung heute Sonnabend, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Starkbäcker Hof“, Karlplatz.

Frankfurt a. M. Bezirksverammlung Sonntag, den 9. Februar, vormittags pünktlich 10 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“.

Göthen. Verammlung Montag, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Görlitz. Maschinenmeistergeneralverammlung Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Memento“, Ströhlstraße.

Grünberg i. Schl. Verammlung heute Sonnabend, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Grünen Kranz“.

Heide (Schlesien). Verammlung heute Sonnabend, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Zur Krone“, Süderstraße.

Kannlad. Generalverammlung heute Sonnabend, den 8. Februar, abends pünktlich 7 Uhr, im Lokale von Glück („Zum Silberbühnen“).

Neu-Stenburg. Generalverammlung Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 4 Uhr, in der „Sarmonie“.

Paderborn. Verammlung heute Sonnabend, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Prinz Waldemar“.

Stade (Hann.). Verammlung heute Sonnabend, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Zur Post“, Herdermarkt.

Stuttgart. Korrekturenhauptverammlung Sonntag, den 16. Februar, nachmittags pünktlich 2 1/2 Uhr, im blauen Saale der „Brauerei Dinkelacker“, Hohenlaufenstraße.

Tariffausschuß der deutschen Buchdrucker.
Unterzeichner gibt hiermit bekannt, daß zu den Inkosten des Tariffschiedsgerichts und des Arbeitsnachweises für das Jahr 1912 pro Gehilfe 40 Pf. zu entrichten sind. Alle tarifreifen Gehilfen des Tariffkreises VIII (Berlin) werden daher ersucht, bis zum 19. März d. J. druckereiwiese unter Beifügung der Namensnennung die Beiträge an den Unterzeichneten einzufenden.
Berlin, den 5. Februar 1913.
Albert Massini, Kreisverreter,
Berlin SO 16, Engelauer 14/15.

Für meine Messinglinienabteilung suche einen **tüchtigen Walzer** und einen **perfekten Bahnausrichter**
Wilhelm Woollmers Schriftlehre, Berlin SW 48. [249]

Helles Geschäftslokal
in Leipzig, 80 qm, mit elektrischem Kraftanschluß, im Seitengeb. L. Etg., am Hauptbahnhof gelegen, zum 1. April zu vermieten. Näheres Gerberstraße 26, Vordergebäude I. [252]

Für modernen **Inseratensatz** in Zeitung u. Katalog wird **tüchtiger Setzer** mit zeitgemässer Auffassung bald od. spät gesucht
Carl Flemming AG.
Glogau

Süchtiger Stereotypenr
für Flach- und Rundstereotypie zum alsbaldigen Eintritt gesucht. Werte Angebote mit Zeugnisabschriften und Wohnansprache an die
Mannheimer Vereinsdruckerei in Mannheim.

Gewandter, ordnungsliebender **Aufräumer**
in dauernde Stellung gesucht. Gebl. Offerten mit Ansprüchen und Zeugnisabschriften erbittet **Stuttgarter Schmaschinendruckerei, Holzinger & Co., Stuttgart.** [251]

Stempelschneider
jüngerer, tüchtiger, für Rollenstempel sofort gesucht.
Leipzig a. M., Buchengartenstraße 7.

Maschinenmeister Fritz Brahm
(früher in Memmingen, Ban.), möchte seine Offerte an Fr. Klein, von Ranz a. B., Egermoosstr. 16, senden. Die Herren Funktionäre werden gebeten, denselben darauf aufmerksam zu machen. [256]

Deutscher Buchdrucker-Kalender 1913
Siehe „Literarisches“ in Nr. 142
Preis: Imit. Leder 1 Mk. Leder 1.75 Mk.
Bei der Bestellung ist an Porto beizufügen: bei 1 Exemplar 10 Pf., bei 2 Exemplaren 20 Pf., bei 3-4 Exemplaren 30 Pf. Von 5 Exemplaren an Paketporto. / Zu beziehen durch die Kollegen G. Löblich, Salomonstraße 8 u. K. Richter, Leipzig-R., Hofer Str. 38

Praktisches Latein
Kurzer Lehrgang für Buchdrucker
Von J. Bass
Hauptlehrer an der Gewerbeschule Stuttgart.
Herausgeb. v. Graphischen Klub Stuttgart.
Dritte, vermehrte Auflage.
80 Seiten Gr.-Oktav. Preis 1 Mark.
Auf 10 Exempl. wird 1 Frei-Exempl. gewährt.
Dieses nützliche Buch eignet sich sowohl zum Selbststudium wie zum Nachschlagen.
Bestellungen an A. Kirchhoff, Stuttgart, Augustenstr. 91.

Technikum für Buchdrucker
Beste technische, kunstgewerbliche und sachkaufmännische Ausbildung. Vorbereitung für die Meisterprüfung, Vorträge, Besuche von Museen und Fabriken. Unterricht im Setzen, Gießen und Journalismus. Dauer der Kurse ein Jahr. Tätigkeitsberichte usw. durch die Geschäftsstelle: Leipzig-R., Senefelderstraße 13-17

111] **Wenn wir Sie sprechen könnten**
würden wir Sie sicher überzeugen, dass Sie direkt aus unserer Fabrik **Herren-Anzug-Stoffe** Paletot, Hose, Joppen, Westonstoffe und Damenuhse wirklich billig kaufen und noch andere Vorteile haben. — Stets letzte Neuheiten nur bester, tragfähigster Qualitäten in grösster Auswahl
Lehmann & Assmy, Tuchfabrik Spremberg L. Postfach Nr. 121
Verlangen Sie sofort Muster, wir senden dieselben an Jedermann franko ohne Kaufzwang.

Franz X. Riedhammer + München
Walzengussanstalt.

Großer Schlager 1913 Drehfeuerzeug
Ladlose Funktion. Dehend nur **3,60 Mark**
Muster gegen nur 50 Pf. in Briefmarken. [250]
Paul Girnus
Berlin 128, Saubrücker Str. 13.

Zeilenmaß mit sämtlichen Einteilungen 20 Pf.
E. Fritz, Frankfurt am Main 3.
Nach langer Krankheit verschied am 1. Februar in A. Th. Th. unserer lieber Kollege, der Maschinenmeister
Albert Schneider
aus Breslau, im Alter von 20 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirk Elberfeld. [255]

Deutsche Buchdrucker-Ferienvereinigungs-Stolze-Schren
Stenographischen Fernunterricht erteilt **Otto Birkhoff, Stettin, Fischelstraße 9 III.** Lehrmittel 1,50 Mk., außerdem Vergütung der Portoauslagen.

Meinel & Herold
Harmonikfabrik
Musikinstrumenten-Vorwand Klingenthal (Sachs.) 449
Liefere vorzügliche Harmonikas in über 200 verschied. Nr. Zithern v. M. 8.00, Gitarren v. M. 6.50, Geigen v. M. 4.— ab. Musikinstrumente, Mundharmonien, Bandolons, Ocarinas etc.
Vom 10. an hier, wir immer, Deutsche, per Post
Katalog an Jedermann frei [107]

Am 1. Februar verschied nach längerem Krankenlager unser lieber Kollege, der Maschinenmeister
Albert Schneider
im Krankenhaus zu Riechardt (Rhd.), im jugendlichen Alter von 21 Jahren. Sein kollegialer Sinn sichert ihm ein dauerndes Andenken.
Ortsverein Wald (Rhd.). [247]

Am 30. Januar verschied nach langem Leiden unser Kollege, der Anwalte
Ernst Krause
aus Rempersdorf, im Alter von 34 Jahren. [254]
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirk Waldenburg (Schl.).